

Bewegung für Sozialismus
FÖJ

offensiv links

4 | Juni '74

7 EIN WERKZEUG DER
SOZIALPARTNERSCHAFT

9 ... SCHON WIEDER EIN
PRICKELNDER WAHLGENUSS

14 WINA
BESCHTANDSAUFNAHME

16 WARUM
BRANDT SCHEITERTE

26 WAS "PHIL."
SICH LEISTETE

Die Lohnsteuer„reform“

Mit 1. J. 1975 steht uns wieder eine Steuerreform ins Haus. Sie steht im Mittelpunkt der Auseinandersetzungen. Wirtschaftskammer, ÖVP und bürgerliche Presse weisen auf die leistungs- und familienfeindliche Auswirkung der Reform hin und sprechen (wider besseren Wissens – "Die Presse") von der Benachteiligung der "Selbständigen".

ÖGB und SPÖ wiederum sehen in der Reform einen Erfolg für die "sozial schwächeren" Schichten, wobei die Steuerermäßigung bis zur Grenze der "zumutbaren" Belastung der Wirtschaft und des Staates reicht.

Die KPÖ schließlich entlarvt den unsozialen Charakter der Lohnsteuerreform und fordert die Bevölkerung auf, den Kampf für ein gerechtes Steuersystem zu führen, ("Volksstimme") als ob es im Kapitalismus "Gerechtigkeit" geben könnte.

Bezeichnend für alle Stellungnahmen ist die einseitige Betrachtung der Steuereinnahmeseite, ohne die Frage zu beachten, in wessen Interesse die Steuern ausgegeben werden. Ebenso ist allen Kritiken gemeinsam, daß sie den Schwerpunkt auf die Einkommenssteuer (Lohn- und veranlagte Einkommensteuern), auf die Progression, die Absetz- und Freibeträge legen. Andere Arten der Steuer werden außer Acht gelassen.

Dies ist zweifellos darauf zurückzuführen, daß sich die Lohnsteuer unmittelbar auf die Höhe des Einkommens auswirkt, ihre Veränderung sofort spürbar wird und für die Arbeiter und Angestellten fast keine Möglichkeit besteht, ihr auszuweichen.

Gerade dieser Charakter der Lohnsteuer erfordert die nähere Beschäftigung mit diesem Problem und die Festlegung ihres Stellenwertes im gesamten Steuersystem. Es soll hier auch untersucht werden, ob mit der Reform des Steuersystems oder gar über Lohnsteuerreformen Einkommensumverteilung zugunsten der Arbeiterschaft erreicht werden können.

In der auf Seite 2 angeführten Tabelle soll die Steuereinnahmeseite des Bundes beleuchtet und der Entwicklung der Löhne und Gehälter bzw. der Gewinne gegenübergestellt werden.

Ohne noch das Überwälzungsproblem in die Diskussion einzubringen, kann festgestellt werden, daß von der Gesamtheit der Lohnabhängigen zum mindesten 90 Milliarden Schilling ohne Berücksichtigung der Sozialversicherungsbeiträge, gezahlt werden (21 Milliarden Lohnsteuer, 10 Milliarden Familienlastenausgleich, 35 Milliarden Umsatz- und Verbrauchssteuer, Rest für Tarife usw.) Nimmt man noch die ca. 60 Milliarden Schilling der Sozialversicherungsabgaben dazu (wobei man den "Ar-

Fortsetzung auf Seite 2

Kampf der Sozialpartnerschaft:



Unter dieser Losung demonstrierten am 1. Mai verschiedene linke Gruppen gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Gewerkschaftliche Einheit. Bericht auf Seite 4

Fortsetzung von Seite 1

beitgeberbeitrag" ohne weiteres als von den Arbeitern und Angestellten durch Lohnverzicht bezahlten Teil betrachten kann), so machen die Beträge, die von "Arbeitnehmerseite" getragen werden, beachtliche 150 Milliarden Schilling aus.

Wenn also auch die Lohnsteuer bereits 21,1 Milliarden Schilling ausmacht und beträchtlich rascher gestiegen ist, als die anderen Steuereinnahmen, so muß dennoch die Gesamtheit der Steuerabgaben betrachtet werden, um Illusionen über die mit der Lohnsteuerreform verbundenen Erleichterungen zu verhindern.

| | Milliarden Schilling | | |
|--------------------------|----------------------|------|-------|
| | 1963 | 1968 | 1973 |
| Löhne und Gehälter | 90 | 120 | 230* |
| Gewinne | 62 | 80 | 140* |
| Lohnsteuer | 3,8 | 8,6 | 21,1 |
| Einkommenst. (veranlagt) | 4,8 | 8,3 | 15,4 |
| Körperschaftsteuer | 2,1 | 2,8 | 3,9 |
| Vermögensst. | 0,64 | 0,87 | 1,7* |
| Bundes- u. Gewerbest. | 3,6 | 4,8 | 8,4* |
| Verbrauchsst. | 5,6 | 9,2 | 14,5* |
| Umsatzsteuer | 11,1 | 18,0 | 31,0* |
| Familienlastenausgleich | 3,0 | 6,7 | 11,5* |

* geschätzte Zahlen auf Grund der Voranschläge 1973 (Unterlagen Handbuch der Arbeiterkammer)

LOHN UND LOHNSTEUERREFORM

Die Wirksamkeit der Lohnsteuerreform wird jedoch auch durch ein weiteres Element in Frage gestellt. Die ersten Appelle der Regierung, wie auch Erklärungen der ÖGB-Spitze zeigen, daß die vorgeschlagene Reform sich auf die Höhe der Forderungen bei der nächsten Lohnrunde niederschlagen soll. Gehen wir da-

Fortsetzung auf Seite 3

offensiv links

Linke, Sozialisten, Kommunisten wissen oft zu wenig von ihren unterschiedlichen Problemen und Auffassungen, auch von den Problemen und Meinungen der Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten.

Die Arbeiter, Angestellten, Schüler und Studenten wissen wenig oder gar nichts von den Problemen und Auffassungen der Linken, Sozialisten und Kommunisten und wenn sie einmal etwas hören, was sie interessieren könnte, verstehen sie nicht die Sprache der Linken.

"offensiv links" will hier eine Lücke füllen, die Kluft zwischen alter und neuer Linken überbrücken helfen.

Den Graben zwischen Linken, Sozialisten und Kommunisten auf der einen Seite und den Arbeitern und Angestellten, Schülern und Studenten auf der anderen Seite zu schließen.

Durch breite, verständliche und aktuelle Information über alle Lebensfragen der arbeitenden Bevölkerung, über die Kämpfe gegen Kapitalismus und Ausbeutung, gegen Imperialismus und Unterdrückung.

"offensiv links" wird von der FÖJ-Bewegung für Sozialismus herausgegeben. In der FÖJ-Bewegung für Sozialismus sind Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Studenten organisiert. Die Erfahrungen, die der einzelne in der Arbeitszeit und in der Freizeit macht, werden regelmäßig ausgetauscht.

Verständnis für die Probleme des einzelnen hilft die Erkenntnis der Probleme der arbeitenden Bevölkerung vertiefen.

KONTAKTADRESSEN:

1040 Wien, Belvederegasse 10, 65-19-52

1090 Wien, Porzellangasse 33a, 34-67-145

1020 Wien, Odeongasse 1 (Eingang Große Mohrengasse), 24-70-402

ERSCHEINUNGSORT: WIEN
VERLAGSPOSTAMT/1040 WIEN

"offensiv links"

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Vervielfältiger: FÖJ - Bewegung für Sozialismus, für den Inhalt verantwortlich: Alfred Prandl, alle 1040 Wien, Belvederegasse 10.

Redaktion: 1090 Wien, Porzellangasse 33a, Telefon: 34 67 145

Vertrieb: 1040 Wien, Belvederegasse 10, Telefon: 65 19 52

Kontonummer: 223-102-976, Länderbank Wien.

Einzelpreis: S 5, --

Jahresabonnement: S 50, --

Bei Mitgliedern ist der Bezug der Zeitung im Mitgliedsbeitrag beinhaltet.

offensiv links

Fortsetzung von Seite 2

von aus, daß die zu erreichenden Lohnerhöhungen um 2-3% niedriger sein werden als sie ohne Reform gewesen wären, so ist ein Teil der Steuerersparnis auf elegantem Weg wieder verloren gegangen. Daher ist auch die Haltung der ÖVP zur Lohnsteuerreform verständlich. Einerseits bringt sie den Unternehmern direkte Steuerersparnisse (keine Trennung zwischen Lohn- und Einkommenssteuersätzen) und andererseits ermöglicht sie, Lohnerhöhungen zu drücken.

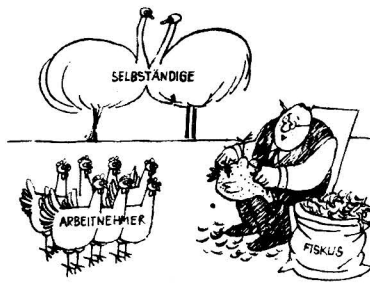
Bis jetzt ist nur die Einnahmeseite des Staates beleuchtet worden, wobei nicht näher eingegangen wurde, inwieweit das Steuerüberwälzungsproblem gelöst werden kann. Es ist jedem klar, daß die Steuern, die von den "Selbständigen" offiziell gezahlt werden, zum Großteil über Preise auf die Konsumenten abgewälzt werden. Weiters - dies sprengt den Rahmen dieses Artikels - muß die Ausgabenseite näher untersucht werden. Hier sei nur auf Subventionen, Exportförderungen, Landwirtschaftsstützungen usw. hingewiesen.

Der heutige Staat hat sowohl die rechtliche als auch die ökonomische Voraussetzung für das "florieren der Wirtschaft" zu garantieren. Dieses wird erreicht, wenn das Kapital immer größere Profite realisieren kann. Daher müssen Versuche über Steuern - ohne das System zu ändern - das Kapital zu treffen, als fast aussichtslos betrachtet werden. Umverteilungseffekte können im wesentlichen nur innerhalb der Schichten der Arbeiterklasse erreicht werden.

Unter Betrachtung der bisher zur Diskussion gestellten Überlegungen soll die konkrete Lohnsteuerreform 1975 betrachtet werden.

1. WEITERHIN KEINE TRENNUNG ZWISCHEN LOHN- UND EINKOMMENSTEUER

Die Frage, ob das Einkommen aus dem Verkauf der Arbeitskraft oder aus dem Gewinn (Differenz zwischen den Kosten der Produktion und der Realisierung der Ware) entsteht, wird nicht gestellt. Obwohl jedoch Arbeitnehmer fast ihr gesamtes Einkommen



Kleinvieh ist handlicher

zur Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft benötigen, dürfen sie die Kosten dieser Ware nicht absetzen. Daß diese Kosten höher als S 167,- (monatlicher Steuerabsetzbetrag für Arbeitnehmer) sind, ist jedem einsichtig. Bereits an diesem Beispiel - wobei die unterschiedliche Zahlungsart der Steuer, die Abschreibungsmöglichkeiten der Unternehmer nur am Rande erwähnt werden sollen - ist die Ungleichheit der Belastung ersichtlich. Sie ist auch der Grund dafür, daß sich das Verhältnis Lohnsteuer zu Einkommensteuer so zu ungunsten der Arbeitnehmer entwickelt hat (siehe Tabelle). Ohne sich Wunder zu erwarten, ist die Trennung (damit die unterschiedliche Progression) zwischen diesen Steuern notwendig, um die krasse Benachteiligung der Arbeiter und Angestellten einzuschränken. Gleichzeitig damit müßten Maßnahmen gesetzt werden, die Überwälzungsmöglichkeiten verbauen, die es den Unternehmern nicht gestatten, ihre Gewinne in Form von "Arbeitseinkommen" (Z. B. Manager) zu verschleiern.

2. VERÄNDERUNG DER PROGRESSION

| | bis 1975 | ab 1975 |
|---------------|----------|---------|
| bis 25.000,- | 20 % | 23 % |
| bis 50.000,- | 25 % | 23 % |
| bis 80.000,- | 30 % | 28 % |
| bis 100.000,- | 35 % | 28 % |
| bis 120.000,- | 35 % | 33 % |
| bis 150.000,- | 40 % | 33 % |
| bis 160.000,- | 40 % | 38 % |
| bis 200.000,- | 43 % | 38 % |

Mit Ausnahme der Abschaffung der Steuergruppe A, die eine echte Erleichterung auch der niederen Löhne darstellt, ist die größte Entlastung in den Bereichen von S 10.000 - S 25.000 monatlich zu versteuernden Einkommen (das trifft auf ca. 25% der Angestellten, jedoch nur 5% der Arbeiter zu). Nimmt man dazu, daß die Erhöhung der Werbungskosten- und Sonderausgabenpauschale sich je höher der Lohn, desto stärker auswirkt, dann kann man feststellen, daß die Steuerreform eindeutig die privilegierten Schichten innerhalb der Lohnabhängigen bevorzugt.

DIE PROBLEME DER ABSETZBETRÄGE

a) Kinderfreibeträge:

Die berechtigte Forderung die Kinderabsetzbeträge (für das 1. Kind von 3.200,- auf 4.200,- Schilling jährlich erhöht) in Form von Beihilfen auszus zahlen, wurde nicht verwirklicht. Das bedeutet, daß mindestens 25% der Steuerzahler sie nicht voll in Anspruch nehmen können.

b) Alleinverdienerfreibetrag ist von S 1.500,- auf 2.400,- erhöht worden, wobei die Höhe des Einkommens unberücksichtigt gelassen wird.

c) Existenzminimum

Die Erhöhung von S 4.000,- auf S 4.400,- ist eine Augenauswischerei, da die Grundprogression von 20% auf 23% erhöht wurde.

d) Der Arbeitnehmerabsetzbetrag ist bereits oben erwähnt.

ZUSAMMENFASSUNG

Diese Überlegungen sollen den Anfang einer Diskussion darstellen, wo eine revolutionäre Arbeiterorganisation ihre Schwerpunkte in der Steuerpolitik setzen soll. Es genügt nicht auf Grund der "politischen Attraktivität" die Lohnsteuerfrage in den Mittelpunkt zu stellen, ohne die Schranken, die im Steuersystem gegeben sind, zu erkennen



(nebst einigen anderen Gruppierungen)

Zwar wurde an alle linken Organisationen außerhalb der traditionellen Gruppierungen herangetreten, um eine einheitliche Demonstration zustande zu bringen. Die Maoisten aber lehnten eine gemeinsame Aktivität ab. Sie argumentierten, es ginge ihnen nicht um die Einheit der Organisationen, sondern um die Einheit der – wie es so schön bei ihnen heißt – "gesamten Arbeiterklasse und des Volkes". Warum diese Einheit leichter durch getrennte Kundgebungen herstellbar ist, ist nicht so leicht einsehbar; zumal sie diesen Vereinheitlichungswunsch nicht sehr glaubwürdig argumentieren können, wo doch ihre deutschen Genossen die einzigen sind, die den einheitlichen Kundgebungsaufruf des DGB ablehnten und eigene Miniaturaufmärsche durchgeführt haben. Wie dem auch sei, die Maoisten führten ihre eigene Kundgebung mit recht exotischem Charakter durch: Unter der auf chinesischer Seide präsentierten Ahnengalerie (Marx-Engels-Lenin-Stalin-Mao-Tse-Tung) demonstrierten sie: "Vorwärts im Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse und des Volkes! Vorwärts im Kampf für den Sozialismus!"

Auf einen Aufruf für die Kundgebung der Gewerkschaftlichen Einheit einigten sich hingegen die anderen linken

Anders als in anderen Ländern ist in Österreich der 1. Mai schon traditionell nicht (symbolisch) Ausdruck der einheitlichen Interessen der Arbeiterklasse; während etwa in der BRD der Gewerkschaftsbund zu den Maikundgebungen aufruft, rufen in Österreich die Parteien getrennt auf.

Der Maiaufruf der SPÖ las sich wie immer wie eine Einladung zu einem feiertäglichen Spaziergang der Zufriedenen, diesmal allerdings mit der Einschränkung, diesen auf Grund des Todes des Bundespräsidenten erst nachher im privaten Rahmen durchzuführen. Lediglich eine Kundgebung war vorgesehen, auf der der Präsidentschaftskandidat Dr. Kirchschräger dem Parteivolk zur Beklatschung präsentiert wurde. Der Präsident ist tot, es lebe der Präsident wurde so die zentrale Losung, die von der größten österreichischen Arbeiter- und Angestelltenpartei für den Kampftag der Arbeiter und Angestellten ausgegeben wurde. Auf deren Forderungen und Wünsche, die in letzter Zeit immer hörbarer artikuliert werden, konnte in der Aura höchster Politik natürlich nur ganz am Rande und in eher verkürzter Form ("Die SPÖ ist der Garant für den Wohlstand") eingegangen werden...

Die KPÖ hingegen marschierte. Im Fest- und Feiertagspathos wurden die Interessen der Werktätigen angeführt, deren Vertretung einzig und allein durch eine Stärkung dieser Partei gewährleistet werde. Einmal mehr brachte sie zum Ausdruck, daß es ihr dabei weniger um die Interessen der Werktätigen selbst geht als um deren

Vertretung – wenn möglich, dann bitte schön im Parlament. Im feierlichen Rahmen durfte auch der Verweis auf die internationale Solidarität mit der Sowjetunion nicht fehlen, der ein schönes Beispiel der "begrenzten" Souveränität der KPÖ abgab. Wer weniger in feierlicher-nostalgischer Absicht sich an einer Maikundgebung beteiligen wollte, sondern als Ausdruck der Kampfbereitschaft für die Interessen der Arbeiter und Angestellten und damit für die eigenen, dem boten sich zwei Alternativen außerhalb der traditionellen SP- und KP-Aufmärsche an: Die Kundgebung der Maoisten und die der Gewerkschaftlichen Einheit



Im Hintergrund die "politische Forderung" der SPÖ



die Aufgabe, die Gewerkschaftliche Einheit im Zusammenhang mit der Arbeiterkammerwahl zu profilieren. Zum dritten sollte den älteren Genossen vor Augen geführt werden, daß Demonstrationen und Kundgebungen keinesfalls das Privileg von jüngeren Genossen sind.

Wenn auch einzelne Parolen durchaus nicht von allen beteiligten Organisationen akzeptiert wurden (so etwa die Hochrufe auf die Ahnengalerie Marx-Engels-Lenin-Trotsky zur Würdigung der Verblichenen) so herrschte doch Übereinstimmung in den wichtigsten Losungen :

" Das beste Mittel gegen die Teuerung — Lohnkampf "

"Schluß mit der Sozialpartnerschaft — für kämpferische Gewerkschaften "

"Internationale Gewerkschaftseinheit gegen multinale Konzerne "

Organisationen. Zu unserer Kundgebung riefen die Gewerkschaftliche Einheit, die Gruppe Revolutionäre Marxisten (GRM), Offensiv Links (von der angenommen wurde, daß sie durch die verschiedenen Wahlbeteiligungen bekannter wäre, als die FÖJ-Bewegung für Sozialismus) sowie der Verband Marxistischer Arbeiterjugend auf. Auch die Aktion Unabhängiger Frauen

(AUF) beteiligte sich an dieser Kundgebung. Für uns hatte die Veranstaltung in mehrfacher Hinsicht Bedeutung: Zum ersten ging es uns darum, der Öffentlichkeit zu zeigen, daß es außerhalb der traditionellen Arbeiterparteien Gruppierungen gibt, die für die Interessen der Arbeiter und Angestellten zu kämpfen bereit sind. Zum zweiten hatte diese Veranstaltung

Anhebung des Eckzinses:

Ein schlechter Witz

Mit großem Tam-Tam wurden in der letzten Woche vom Finanzministerium zusammen mit der Nationalbank Maßnahmen gesetzt, die die Inflation steuern sollen — also die Teuerung etwas drosseln sollen. Im wesentlichen handelt es sich dabei um zwei Maßnahmen: Die Anhebung des Eckzinses und die Schillingaufwertung.

Der Eckzins wurde auf 5% angehoben. Diese Anhebung bedeutet für die sogenannten "kleinen Sparer", daß ihre Sparbücher etwas höher verzinst werden. Angesichts einer zu erwartenden Inflationsrate von knapp 10% ist diese Erhöhung natürlich ein schlechter Witz. — Zumal parallel zu einer Erhöhung des Eckzinses auch Geld teurer wird, heißt: Die Kredite teurer werden. Auf die Profite der Unternehmer wirkt sich das kaum aus — sie können die Verteuerung der

Kredite mühelos auf die Preise überwälzen (womit die antiinflationistische Wirkung dieser Maßnahme bezweifelt werden kann). Auswirken wird sich diese Maßnahme auf die Bevölkerung, die auf Kleinkredite angewiesen ist — denn sie können die höheren Kreditkosten auf niemanden überwälzen.

Zusammenfassend kann man sagen, daß diese Maßnahme im wesentlichen für Arbeiter und Angestellte nichts oder allenfalls Nachteile bringt. Wenn jetzt die KPÖ (Schlagzeile der Volksstimme: "Alte Forderung der Kommunisten erfüllt") und der ÖGB diesen "Erfolg" auf ihr Konto schreiben wollen, steht man vor der Alternative: Sind diese Leute selbst so dumm oder halten sie etwa uns dafür?

Noch unbedeutender ist für Arbeiter und Angestellte die Schillingaufwertung. Erstens ist es eine Illusion,

anzunehmen, daß der Aufwertungseffekt tatsächlich an sie als Konsumenten weitergegeben wird, also die Importwaren billiger werden. Dieser Effekt bleibt (spätestens) beim Kleinhandel hängen. Zweitens handelt es sich um etwa 3% — diese 3% spielen erst bei Beträgen eine Rolle, von denen Arbeiter und Angestellte allenfalls in der Zeitung lesen. Drittens steht sie im Rahmen einer weiteren Korrektur des noch immer brüchigen "Weltwährungssystems". Ihr Effekt wird also vor allem für die Spekulanten spürbar werden.

Einmal mehr zeigte es sich, daß eine effektive Verbesserung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten nicht durch Staatsmaßnahmen erreichbar sind, sondern nur dann, wenn sie ihre Interessen in die eigene Hand nehmen.

Arbeitskämpfe in Österreich

Waun da Chef nimma wü

Noch laufen in der Auhofstraße — Wien Hitzing — die Maschinen der Textilfirma Winkler & Schindler, aber die dort Beschäftigten haben ihren Arbeitsplatz bereits verloren. Spätestens Ende Juni werden 350 Arbeiter und 90 Angestellte auf der Straße stehen und manche wußten es bisher noch nicht einmal.

Der Chef des 111 Jahre alten Familienbetriebes, Dr. Hugo Winkler, hat einfach keine Lust mehr, er will zusperren. Nicht, daß es um den Betrieb schlecht stünde, im Gegenteil. Spezialisiert auf Wollstückware und Seidenfutter hat die Firma eine starke Exportposition, vor allem auf den britischen und nordamerikanischen Märkten. Innerhalb von zehn Jahren wurde ein 100-Millionen-ERP-Kredit zurückbezahlt. Vom Unternehmerverband wurde im März dem Betriebsrat mitgeteilt, daß es Schwierigkeiten gäbe, da das österreichische Kreditinstitut (ÖCI), Minderheitseigentümer (Anteil 25%) dem Betrieb Kreditaufstockung verweigere.



Wieder einen Betrieb stillgelegt

Als sich dann der Betriebsrat und die Gewerkschaft erfolgreich für die Kreditaufstockung einsetzten, stellte sich heraus, daß Hugo Winkler (An-

teil 51%) den Kredit gar nicht will und die Firma zuzusperren beabsichtigt.

Jetzt wird bekannt, daß Winkler bereits im Jänner seinen Anteil schätzen hat lassen und nicht bereit ist, die Leitung des Betriebes in andere Hände zu legen. Gerüchteweise heißt es, daß nach dem Abreißen des Betriebes auf dem Areal ein Hotel gebaut werden soll. Winkler hat seinen Grundanteil (insgesamt 15.000 Quadratmeter) zum Verkauf angeboten. Bei einem in dieser Gegend üblichen Preis von rund S 5.000 pro Quadratmeter würde Herr Winkler 75 Millionen kassieren.

Bisher hat er sich geweigert, eine schriftliche Garantie für die Auszahlung der Abfertigungen zu geben. Nun bangen die inzwischen gekündigten Angestellten um ihre Abfertigungen. Die Arbeiter (250 von ihnen sind Ausländer) haben sowieso kein "Recht" auf Abfertigung, sie müssen sich nun einen neuen Job suchen. Für viele bringt das unweigerlich eine Verschlechterung der Situation mit sich; sie sind seit Jahrzehnten im Betrieb und stehen knapp vor der Pensionierung.

Winkler im Gespräch zum Betriebsratsobmann Trummer: "Ich verlasse den Betrieb als armer Mann."

Trummers Antwort gegenüber Journalisten: "Wir besetzen notfalls den Betrieb, jedenfalls geht uns keine Maschine hinaus, bevor nicht alle unsere Ansprüche befriedigt sind!"

Böhler-Werk - Kapfenberg

Ein Angestellter des Labors wurde Mitte Mai mittels eingeschriebenen Brief gekündigt. Der Angestelltenbetriebsrat wurde nicht informiert. Die rund 30 Kollegen des Gekündigten im Labor reagierten spontan und solidarisch, sie legten die Arbeit nieder. Nach mehrstündigem Streik sah sich die Geschäftsleitung veranlaßt, mit dem Angestelltenbetriebsrat Verhandlungen aufzunehmen. Ein Ergebnis ist noch nicht bekannt.

Böhler-Werk - Waidhofen

Der stellvertretende Betriebsleiter der Böhler-Ybbstal-Werke, Machart (ÖVP), verbot vor dem 1. Mai das Verkaufen und auch das Tragen aller Maiabzeichen im Betrieb. Das heißt, er versuchte es zu verbieten. Eine Protestversammlung belehrte Herrn Machart eines Besseren.

MIT EINEM FINGER KANN MAN DRAUFZEIGEN -



MIT FÜNF ZUPACKEN!

Raffinerie Schwechat

Von allen Fraktionen des Arbeiterbetriebsrates wurde auf Grund der "besorgniserregenden Preisentwicklung, die mit den derzeitigen Mitteln anscheinend nicht zu bremsen ist und eine Schmälerung des Realeinkommens befürchten läßt" folgende Resolution beschlossen:

1. Preisstopp für Grundnahrungsmittel, Mieten, Tarife und Heizstoffe;
2. Beschränkung der Handelsspannen und verschärfte Kontrolle der Gewinne
3. Verschärfung der Wirtschaftsgesetze und spürbare Sanktionen gegen Preistreiber;
4. Heranziehung der Landeshauptleute als Verantwortliche für die Preisregelung.

Paritätische Kommission :

Ein Werkzeug der Sozialpartnerschaft

"Wir sitzen alle im gleichen Boot", die Mehrheit rudert und einer gibt den Ton an. "Je größer der Kuchen ist, desto mehr kann man davon naschen." "Der größere Kuchen zeigt sich meist im größeren Volumen, nicht im größeren Inhalt.

Die Apostel der Sozialpartnerschaft streuen uns bei jeder Gelegenheit den Sand der Interessensgleichheit von Kapital und Lohnarbeit in die Augen. Die Gewerkschaft argumentiert offiziell damit, daß in der Produktionssphäre Kapital und Arbeit grundsätzlich das gleiche Ziel haben und daß sich nur in der Verteilungssphäre die Geister scheiden. Dort prallen Löhne und Gehälter aufeinander. Produktionssphäre und Verteilungssphäre lassen sich nicht voneinander trennen. Liegt es im Interesse der Lohnarbeit, wenn zwar in Zahlen ausgedrückt die Produktion steigt, die Lebensdauer und die Qualität der Güter aber absichtlich gesenkt wird, wenn die technischen Neuerungen Umweltverschmutzungen zur Folge haben, wenn die Ursache für einen größeren Ausstoß an Gütern am beschleunigten Arbeitstempo liegt, wenn also die Qualität des Wachstums ausschließlich den Bedürfnissen des Kapitals unterworfen ist ? Die Entgegengesetztheit von Lohnarbeit und Kapital äußert sich in allen Lebensbereichen.

ALLGEMEINE BEDINGUNGEN DER SOZIALPARTNERSCHAFT

Es liegt nicht an geschickten Demagogen, daß die Mehrzahl der Lohnabhängigen die Unsinnigkeit des Gedankes vom "Gesamtwohl" nicht durchschauen. Die Wurzeln für die be-

schränkte Erkenntnis der Wirklichkeit sind in der kapitalistischen Realität selbst angelegt. Klassenbeziehungen verschwinden hinter Dingbeziehungen. Unsere Sündhaftigkeit ist im magischen Viereck vergewärtigt. Wir dürfen uns nur die Form der Buße aussuchen. Wollen wir höhere Preise oder mehr Arbeitslosigkeit ? Wenn das Arbeitstempo bei den Arbeitern beschleunigt wird und sie mehr als normal produzieren, dann besteht die Gefahr, daß sie wegen "überhitzter Konjunktur" auf die Straße gesetzt werden. Wer den Schaden hat, hat auch den Spott.

In Zeiten eines längerandauernden wirtschaftlichen Wachstums steigen die Spielräume für Lohnverhandlungen. Vom Anfang der fünfziger Jahre bis zum Ende der sechziger Jahre befand sich Europa weitgehend in einer solchen Periode. Die reale Steigerung des Lebensstandards und die Verlagerung der kapitalistischen Krisenmomente durch antizyklische Budgetpolitik konnte bei den Massen Illusionen über die kapitalistische Gesellschaft nähren.

Da die meisten sozialen Errungenschaften ihren endgültigen Ausdruck in Gesetzen finden, entsteht bei vielen Lohnabhängigen sicherlich der Eindruck eines über den Klassen stehenden Staatsgebildes. Alle diese drei Erscheinungen werden aber nur in Wachstumsphasen des Kapitalismus wirksam. In den letzten Jahren traten aber synchron in fast allen wichtigen kapitalistischen Staaten verschärfte Krisenmomente zutage: Weltwährungskrise, Inflation, Zollkriege, steigende Arbeitslosigkeit usw. Die Folge davon waren auch schärfere Klassenkämpfe. Wenn das Kapital wegen Verwertungsschwierig-

keiten gezwungen ist, den Forderungen der Arbeiter immer stärkeren Druck entgegenzusetzen, dann schwindet bald die Mär von der Interessengleichheit von Lohnarbeit und Kapital.

DIE SITUATION IN ÖSTERREICH

Obwohl es wichtig ist, den Illusionen eines Österreich, als Insel der Ruhe, entgegenzutreten, so ist es ebenso nicht zielführend, die Unterschiede der österreichischen Situation mit den anderen Ländern unter den Tisch zu kehren. Im Gegensatz zu fast allen anderen europäischen Ländern sind die Konjunkturzyklen nicht so stark ausgeprägt, die Arbeitslosenrate ist gering, und trotz der gewaltigen Preissteigerungen befindet sich Österreich in der unteren Skala von Europa, die wirtschaftlichen Wachstumsraten sind relativ hoch. Das Ausmaß der verstaatlichten Industrie in Österreich übersteigt bei weitem das der meisten Staaten Europas. Zählt man die verstaatlichten Banken, die von ihnen kontrollierten Betriebe, die Gemeinde- und Kommunaleinrichtungen hinzu, weiters die Industriezweige, in denen der Staat als Nachfrager auftritt, so zeigt sich die organisiertere Struktur des österreichischen Kapitalismus. Sicherlich fügen sich alle diese Einrichtungen nahtlos in das kapitalistische System ein, sie sind diesem nirgends entgegengesetzt, dennoch existieren nuancierte Unterschiede: Berücksichtigt man die geringere Gefährdung der Arbeitsplätze, den Ausbau der Sozialeinrichtungen, die Vorprescherrolle dieser verstaatlichten Betriebe bei Lohnverhandlungen, so läßt sich damit doch einiges erklären. Das in- und ausländische Kapital bemächtigt sich nun auch stärker

der verstaatlichten Industrie. Im internationalen Vergleich ist das Kapital in Österreich aber noch immer weniger potent, es ist mehr auf Vereinbarungen mit den Organisationen der Arbeiterschaft angewiesen. Diese also an sich günstige Situation für die österreichische Arbeiterschaft wird von SPÖ und Gewerkschaftsbund nicht ausgenützt. Dem Kapital gelang es, die führenden Organe dieser zwei Organisationen an die Spielregeln der Sozialpartnerschaft zu binden.

EINRICHTUNGEN DER SOZIALPARTNERSCHAFT

Nicht nur die Lohn- und Preispolitik, sondern die gesamte Wirtschaftspolitik wird in Österreich in sozialpartnerschaftlichen Gremien ausgeschnapst. In den meisten kapitalistischen Ländern gibt es sozialpartnerschaftliche Stellen, die Richtlinien für die Einkommenspolitik ausarbeiten. In Österreich durchzieht das System der Sozialpartnerschaft alle Wirtschaftsbereiche: Das Sozialversicherungswesen, die Wettbewerbsordnung, die Marktordnung und diverse Fachbeiräte, wie der für Bauwirtschaft, für Außenwirtschaft, für Arbeitsmarktpolitik usw. sind sozialpartnerschaftlich organisiert. Das sind die wichtigsten Entscheidungsinstanzen in der Wirtschaft, im Parlament werden die hier geschriebenen und eingeprobten Theaterstücke öffentlich aufgeführt. Bei der alle Jahre stattfindenden Wallfahrt zu den Urnen wird über die Schauspieler, nicht über die Stückeschreiber entschieden.

PARITÄTISCHE KOMMISSION

In den paritätischen Kommissionen sitzen die Vertreter der Regierung, der Arbeiterorganisationen, der Landwirtschaftskammer und der Kammer für gewerbliche Wirtschaft. Zur Zeit der großen Koalition gab es darin eine Parität zwischen ÖVP und SPÖ. Seit den Alleinregierungen hat jeweils eine Partei die Mehrheit. Dies ist jedoch unwesentlich für das Funktionieren dieser Einrichtungen, da sie auf Einstimmigkeit aufgebaut sind. Sie basiert weiters auf Freiwilligkeit und hat auch keine Sanktionsmöglichkeit. Den Unternehmern tut die paritätische Kommission nicht allzu weh,

auch wenn sie laut jammern. Zum einem erfaßt die paritätische Kommission nur ein Fünftel aller Preise. Die Importpreise, die saisonalen Preisschwankungen, die Modeartikel, die amtlich geregelten Preise und die Preise von Berufsgruppen, die nicht der Kammer der gewerblichen Wirtschaft angehören, fallen nicht in den Kompetenzbereich der paritätischen Kommission. Die Kalkulationen, die die Unternehmer vorlegen müssen, sind so nichtssagend, daß sie damit jede Preiserhöhung begründen können. Ist den Unternehmern überhaupt der Weg zur paritätischen Kommission zu umständlich, so starten sie eine "Aktion leere Regale", oder ändern den Namen des Produkts und können so ohne Verletzung einer Norm die Preise erhöhen. Die bösen Unternehmer, die ohne diesen Spielereien und Umwege die Preise erhöhen, haben auch nichts zu befürchten, da es keine Sanktionsmöglichkeiten der paritätischen Kommission gibt. (Mit einer Ausnahme, die aber reine Theorie bleibt, weil sie noch nie angewendet wurde: wenn das Kapital mit den anderen Vertretern der paritätischen Kommission einstimmig den Beschluß faßt, auf die Dauer von sechs Monaten über das jeweilige Produkt die amtliche Preisregelung zu verhängen.) Wenn nach elf Wochen keine Einigung über eine Preiserhöhung zustande kommt, gilt die Preiserhöhung so und so als stattgegeben.

Bei den Löhnen wird die paritätische Kommission schon wirksamer. Zuerst kommt es schon innerhalb der Gewerkschaft zu einer Vorselektion. Anträge werden nicht von den Fachgewerkschaften, sondern vom Gewerkschaftsbund gestellt. Wenn es nun nach elf Wochen zu keiner einstimmigen Einigung in der paritätischen Kommission kommt, dann dürfen die Gewerkschaften erst die Kollektivvertragsverhandlungen mit

den Unternehmern beginnen, bis zu einem weiteren Abschluß vergehen weitere Wochen und Monate. Lohn-erhöhungen können also länger hinausgezögert werden als Preiserhöhungen.

FUNKTION DER PARITÄTISCHEN KOMMISSION

Die relativ starke Organisierung der österreichischen Arbeiter und Angestelltenschaft und die relative Schwäche des österreichischen Kapitals böte den österreichischen Lohnabhängigen günstige Voraussetzungen. Das erklärte Ziel der Unternehmer ist die Integrierung der sozialdemokratischen Führer in den bürgerlichen Staat. Mit Hilfe der Sozialpartnerschaftseinrichtungen soll sich die österreichische Sozialdemokratie primär für die gesamte Wirtschaft verantwortlich fühlen und erst innerhalb dieses Rahmens die Interessen der Lohnabhängigen vertreten. Die Sozialdemokratie verzichtet sogar auf schüchterne Versuche einer Umverteilungspolitik, sie garantiert auch den sozialen Frieden, Österreich ist das streikärmste Land Europas. Die durchschnittliche jährliche Streikdauer je unselbständige Erwerbstätige läßt sich bei uns in Sekunden ausdrücken, während bei den meisten anderen Ländern Stunden dazu benötigt werden.

Die paritätische Kommission kann, wie gezeigt, die Preise nicht in den Griff bekommen. Bei den Löhnen gelingt es schon besser. Durch sie wird erreicht, daß Konflikte kanalisiert, entschärft (und im Vergleich mit den gegebenen Möglichkeiten) auf Kosten der Lohnabhängigen gelöst werden. Weiters haben wir der sozialpartnerschaftlichen Politik der Sozialdemokraten die Entpolitisierung der Massen ihre Resignation und ihr mangelndes Selbstbewußtsein, Kämpfe erfolgreich zu führen, zu verdanken.

Galerie Austerlitz

1090 Wien 9, Währinger Straße 57 — Telefon 42 50 654

Öffnungszeiten:

Dienstag bis Freitag 14—19 Uhr, Samstag 10—13 Uhr

... schon wieder ein prickelnder Wahlgenuß

Der "Staatmann, objektiv und sozial" und der "Bundespräsident, wie er sein soll", blicken uns an. Der erste Höhepunkt des faden Wahlkampfes - Muttertag. Blumen. Die lieben Kleinen, die verdienten Alten. Das Fernsehen immer dabei. Der ORF zeigt auch wie's gemacht wird. Brantl, Wahlkampfchef der SPÖ, im Mittagsjournal: "Der Bekanntheitsgrad unseres Kandidaten kann als gut bezeichnet werden, jetzt kommt es darauf an, den Popularitätsgrad zu steigern". Steinbauer, ÖVP: "Wir haben schon viel aufgeholt, der Bekanntheitsgrad Luggers ist nun ungefähr doppelt so hoch, wie zu Beginn der Kampagne". Entpolitisierte Produktwerbung ist natürlich auch Politik.

Franz Jonas wurde in den Trauerreden der sozialdemokratischen Führer als Symbol des Aufstiegs der Arbeiterklasse gewürdigt. In der Tat, als der Sohn des Hilfsarbeiters geboren wurde, war die Lage der Arbeiterklasse ungleich schlechter als 1974. Doch ist das nur die halbe Wahrheit. Gleichzeitig sind die sozialdemokratischen Bundespräsidenten und jetzt auch die Regierung Kreisky Symbol der geschichtlichen Versäumnisse der österreichischen Arbeiterklasse und lebendiger Ausdruck der Verantwortung für die Integration der Arbeiterbewegung in den bürgerlichen Staat.

"Als Franz Jonas sich der Arbeiterbewegung anschloß, haben ihn mehr als der Ruf, auf die Barrikaden zu steigen, zwei Parolen fasziniert und bis zum Ende seines Lebens nicht mehr losgelassen: 'Bildung macht frei' hieß die eine und 'Wissen ist Macht' die andere und beide umschlossen die friedlich kämpferische Herausforderung der Zeit an die Arbeiterklasse"(1). So friedlich ist die Zeit nicht. Damals wie heute zwingt sie den Arbeitern seine Arbeitskraft zu verkaufen, den

größten Teil seines produktiven Lebens fremdbestimmt zu sein. Diese Zeit, der Kapitalismus, mündete in zwei Weltkriege, deren Opfer, Leiden und Folgen in keinem Verhältnis stehen zu den Opfern eines konsequent geführten revolutionären Kampfes, dessen Folge, der Sozialismus, die auf Gewalt beruhenden gesellschaftlichen Beziehungen radikal beseitigt.

Das Parteiprogramm der SPÖ von 1958 formuliert nicht so schlecht: "Die Arbeiter haben heute mehr zu verlieren als ihre Ketten; sie haben noch immer eine Weite zu gewinnen." Der Widerspruch zwischen Wort und Tat, lange Zeit typisch für die österreichische Sozialdemokratie, ist inzwischen bedeutend kleiner geworden. Die SPÖ stellt heute weder in der Theorie, noch in der Praxis eine gesellschaftliche Alternative dar. Im Gegenteil, sie rückt derzeit immer weiter nach rechts. Die Nominierung Kirchschrägers, der so gut wie nichts mit der Arbeiterbewegung zu tun hat, ist da nur eine Station. Die Unfähigkeit der SP-Linken, irgendeinen Einfluß auf die Kandidatennominierung auszuüben, ja nur eine Debatte um mögliche Varianten auszulösen, zeigt die Schwäche und mangelnde Verankerung an der Basis.

Das Sozialpartnerschaftsdullioh deckt viele Konflikte zu. Und so richtig es ist, die Stoßrichtung linker Politik auf die Aktivierung der Arbeiter und Angestellten im direkten Kampf um ihre Interessen zu lenken, so falsch ist es, in der politischen Diskussion die Differenzen in den Absichten und Zielen und Handlungen der diversen Parteien zu verniedlichen, zuzuschmieren oder gar zu übersehen.

"Die SPÖ - die schönste ÖVP, die es je gab" war der Titel eines Maifeierberichtes in der Volksstimme. Der Hauptgrund für die KP-Empfehlung

ungültig zu wählen, scheint weniger die berechtigte Kritik an der SP-Regierungspolitik, als die psychische Belastung der KP-Mitglieder durch den Antikommunismus Kreiskys und taktische Überlegungen im Hinblick auf die nächste Nationalratswahl.

Die ÖVP und ihr Kandidat Lugger stehen rechts von der SPÖ. Nur weil in Österreich noch keine wirklich unabhängige Linke Fuß gefaßt hat, kann die soziale Demagogie der ÖVP bei vielen Arbeitern und Angestellten auf fruchtbaren Boden fallen. In Wirklichkeit zielen alle ihre Vorschläge zu Inflationsbekämpfung, Bodenspekulation usw. darauf ab, dem Kapital neue Gewinne zu schaffen oder zumindest Einbußen zu verhindern und alle Lasten der Arbeiterklasse aufzuhalsen. Withalm verschwand wieder in der Versenkung, ehe er die Bühne erreicht hatte, weil die FPÖ der ÖVP warnend mit dem Zeigefinger winkte.

Die FPÖ lacht sich ins Fäustchen - Kirchschräger hat ihr die Regierungswürdigkeit auch schon bestätigt. Die ÖVP schlägt Purzelbäume. Die SPÖ ist in die Defensive gegangen. Sie sucht die innerparteiliche Kritik mundtot zu machen und wird immer konzessionsbereiter dem Druck des "Wirtschaftspartners". Das ist die Logik des Verzichts auf die Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen das Kapital. In dieser Situation werden Vaterfiguren präsentiert, verschwimmen die politischen Konturen für viele Wähler trotz der Verschärfung krisenhafter Erscheinungen in Österreich. Die Linke hat kaum die Möglichkeit in diesen Wahlkampf klärend einzugreifen.

(1) aus der Rede Kreiskys beim Staatsakt im Parlament

Ärztammer:

Streit um's Geld oder hohe Politik

Im letzten Jahr hat die Aktivität der österreichischen Ärztekammer in der politischen Szenerie mehrere Höhepunkte erreicht. Vertragskündigungen und Streiks, Kampfmaßnahmen, die vom Kammerpräsidenten und ehemaligen Gewerkschaftsfunktionär Daume als wirksam erkannt und eingesetzt wurden, innerhalb der Ärzteschaft oft als "unwürdige Methoden" abgelehnt, haben wiederholt Schlagzeilen gemacht. Die Frage ist nun, welcher Stellenwert dieser politischen Aktivität zuzumessen ist. Geht es um die materiellen Interessen einer kleinen Gruppe, die ihre konservativen politischen Interessen und sozialen Privilegien bedroht sieht? Oder hat dieser Kampf eine weiterreichende Bedeutung: pressure group des konservativen Lagers gegen eine sozialdemokratische Regierung?

Die Ärztekammern sind aufgrund der gesetzlichen Konstruktion - ebenso wie auch die übrigen Kammern - Körperschaften öffentlichen Rechts mit Zwangsmitgliedschaft. Innerhalb der Ärztekammern gibt es drei große Gruppierungen, die jeweils eigene Wahlkörper darstellen: die praktischen Ärzte, die Fachärzte und die Turnusärzte (in Ausbildung zum praktischen oder Facharzt im Spital tätig). Der überwiegende Teil der praktischen- und Fachärzte sind in eigener Praxis tätig, während die

Turnusärzte in einem Dienstverhältnis stehen. (In Wien dzt. 3.200 niedergelassene Ärzte und 1.500 angestellte praktische und Fachärzte, sowie 1.170 Turnusärzte, Doppelzählungen nicht ausgeschlossen!).

Entsprechend dem traditionellen Berufsbild des "freien Arztes" stehen die Interessen der niedergelassenen Ärzte im Mittelpunkt der Politik der Ärztekammer. Die wichtigsten Kampfpunkte auf diesem Gebiet waren in letzter Zeit Tarifverträge mit den Krankenkassen, sowie die Verteidigung der Stellung der niedergelassenen Ärzte bei der ambulanten Versorgung (gegen Ausweitung der Tätigkeit von Ambulatorien und Spitalsambulanzen). Ohne im Detail zu diskutieren, ob Honorarforderungen der Ärzte in einzelnen Punkten berechtigt sind oder nicht, kann allgemein festgestellt werden:

- 1) Der überwiegende Teil der Ärzte gehört aufgrund des sozialen Prestiges und des finanziellen Einkommens einer privilegierten Schichte an; ein kleinerer Teil davon (Primärärzte, Klinikvorstände, etc.) nimmt soziale Spitzenpositionen ein.
- 2) Ein beträchtlicher Teil insbesondere der praktischen Ärzte erkaufte seine soziale Position durch einen überdurchschnittlichen Arbeitsaufwand, was auch darin zum Aus-

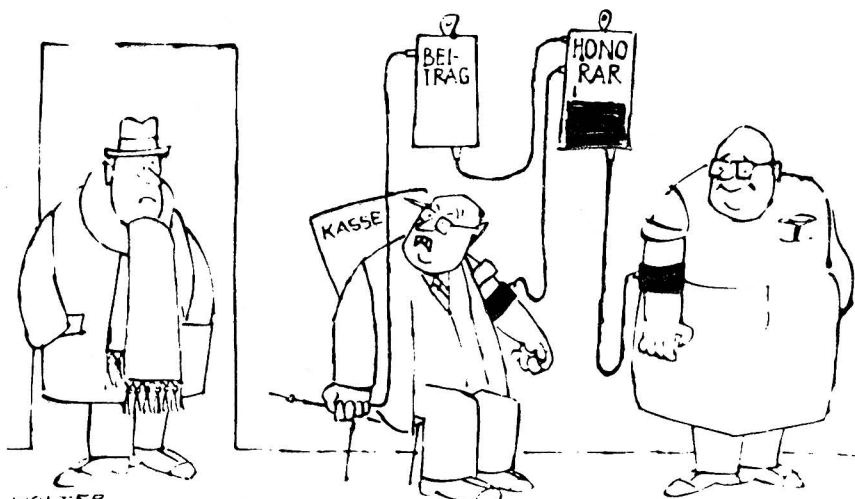
druck kommt, daß die durchschnittliche Lebenserwartung der praktischen Ärzte in Österreich 3 Jahre unter dem allgemeinen Durchschnitt liegt.

- 3) Das System der Sozialversicherung, insbesondere der Krankenversicherung stellt einen großen sozialen Fortschritt dar, der zum Großteil von der Arbeiterklasse erkämpft wurde und die einzige mögliche Basis einer umfassenden medizinischen Betreuung ist.
- 4) Die Sozialversicherung in Österreich arbeitet nach wirtschaftlichen Prinzipien und ist in ihrer heutigen Konstruktion zweifellos als Interessenvertretung der versicherten Arbeiter und Angestellten in Gesundheitsfragen zu bezeichnen. Sie könnte jedoch aufgrund ihrer Konstruktion als Instrument der Selbstverwaltung zu einem Kampfinstrument der direkten Demokratie umgewandelt werden.
- 5) Die Politik der Sozialversicherung gegenüber der Ärztekammer entspricht im Wesentlichen den Positionen einer technokratischen Reform auf dem Gebiet des Gesundheitswesens. Sie geht somit mit dem Interessenskampf der Lohnabhängigen nur teilweise parallel.

Die Schlußfolgerungen aus diesen fünf Punkten lautet nun:

Die Politik der Ärztekammer ist in ihren Hauptzügen um die Aufrechterhaltung sozialer und wirtschaftlicher Privilegien, wobei oft durchaus berechnete Interessen (siehe praktische Ärzte), dem Götzenbild des "freien Arztes" geopfert werden. Die Politik der Sozialversicherung ist demgegenüber nur insofern als fortschrittlich zu bezeichnen, als sie die Position der technokratischen Reform markiert, die hier den konservativsten gesellschaftlichen Kräften, den kleinbürgerlich-mittelständischen Interessen gegenübersteht.

Damit ergibt sich auch die Antwort auf die eingangs gestellte Frage:



„Warte nur balde ... blutpendest auch du!“

Der Kampf der Ärzteschaft um egoistische materielle und politische Privilegien verkörpert die Standesinteressen der "freien Berufe", die auf weiten Strecken in einer Interessensidentität mit den konservativsten Gesellschaftsgruppen stehen. Die potentielle politische Funktion dieser Gesellschaftsschichten, deren Bedeutung gerade in Österreich noch beträchtlich ist, ist 1973 in Chile besonders klar zutage getreten, als permanente Mittelstandsrevolten den faschistischen Militärputsch vorbereiteten. Mag auch diese etwas weit ausholende Darstellung für die Herrn Daume und Kollegen ein paar Nummern zu groß sein, so sind doch gewisse politische Parallelen zu beachten.

Um nun zur Realität zurückzukehren: Die Ärztekammer schlägt in ihren Forderungen groteske Kapriolen. Anklagend wird aufgezählt, welche Nachteile die Ärzte zu ertragen haben: unregelmäßige Arbeitszeit, fehlende soziale Sicherheit, Kosten der Praxis-einrichtung, etc. Im gleichen Atemzug wird auch das Idealbild des "freien Arztes" - angeblich im Inte-

resse der Patienten - beschworen. Man sollte die Herren einmal auffordern, sich zu entscheiden. Wer so, wie sie es meinen, "frei" sein will, muß auch das Risiko des "freien Unternehmers" tragen!

Der neuerliche Sieg der Fraktion Daume bei den Ärztekammerwahlen 1974 zeigt nur, daß der Kampf ums Geld breite Zustimmung gefunden hat. Die anderen Fraktionen, inklusive der "sozialistischen" Ärzte unterscheiden sich von der des Herrn Daume bestenfalls in der Wahl der Mittel im Kampf, nicht aber in ihren politischen und wirtschaftlichen Zielen.

Ein dauerhafter Ausweg aus dem Dilemma, in dem sich das österreichische Gesundheitswesen befindet, ist zweifellos nur auf der politischen Ebene zu finden. Der gordische Knoten, in dem Ärztekammer und Sozialversicherung verstrickt sind, muß durch die Schaffung eines vergesellschafteten Gesundheitssystems (nicht verstaatlichten) zer schlagen werden. (Vergleiche hier-

**Deine
Lebensversicherung
durch**

ERICH MAKOMASKI

Erste Allgemeine
Unfall- und Schadens-Versicherungs-Gesellschaft

Büro: 1040 Wien, Südtirolerplatz 6
Telefon: 65 87 97 / 98 / 99

Privatadresse: 1100 Wien, Alaudagasse 7/29/14
Telefon: 62 74 302

zu "Gesundheitswesen und Kommunalpolitik" in "Aspekte" Nr. 55, Oktober 1973). Aber keine Angst Herr Daume! Diesen Weg will und kann die Regierung Kreisky nicht gehen; er könnte nämlich nur die Konsequenz eines politischen Kampfes sein.

E. B.

Die Brandtstifter

Helmuth Schmidt wird zu retten versuchen, was für die deutsche Sozialdemokratie noch zu retten ist. Es ist nicht viel. Die Jusos werden daran glauben müssen, und die letzten Illusionen, die jemand noch über diese altersschwache Institution der Arbeiterbewegung gehegt hat.

Brandts Abgang wird im Augenblick auf der linken Seite niemand nachweinen. Sein Verdienst ist es, "Erfüllungspolitik" betrieben zu haben. Realpolitik, das, was nach Kriegsende unter anderen Vorzeichen ein Adenauer oder sonstwer gezwungenmaßen hätte machen müssen. Daß Brandt sich trotzdem zur besseren Einsicht freiwillig aufgegriffen hat, das

haben ihm nur die SU und ihre Verbündeten, voran die DDR zu danken gewußt. Das heißt, letztere wußten es doch nicht. Die Trauer muß jetzt groß sein - in Moskau. Da hat einer einen Bock geschossen. Den eigenen Bock. Das war schon zu gut für sie. Im Ernst! Damit wird die Sache nämlich nicht erledigt, daß sie jetzt irgendwen hoch dekoriert frühzeitig in Pension schicken. Ihre eigene Politik ist nämlich pensionsbedürftig. Alles dies jedenfalls nach ihrer Logik gedacht. Es ist nicht unsere Sorge, bewahre. Aber an ihrer Logik gemessen, gemessen an der Entspannungspolitik, der friedlichen Koexistenz, der europäischen Sicherheit und so: nach

ihrer eigenen Logik haben sie dort den Brandt gelegt, wo sie doch selber ruhig hausen wollten. Daß es illusorisch war, ist wahr. Aber daß sie sich selbst Lügen straften, diese Musterproleten in Pankow, diese besten Schüler des Marxismus-Leninismus, ist schon eine Hetz. Eine deutsche Hetz. Ihre Brüder im Westen (und vielleicht auch manche im Osten), in Frankreich und Italien zum Beispiel, wo sie sich ins große Bett der Regierungswürdigkeit drängeln, mit der sie doch nicht recht fähig sein werden, was zustandezubringen, die Brüder danken jetzt schön. Die Familienbande - werden sie sich denken, frei nach Karl Kraus, eine schöne Bande ...

A do schau her...

Es war 6 Uhr 15 als vor dem Tor des Elektrobetriebes einige Jugendliche eintrafen, die der vor sich hindösende Portier auf den ersten Blick als Studenten oder so was identifizierte. "Die sind schon wieder da", dachte er sich. Sie kommen immer öfter. Ausdauer haben sie, das muß man ihnen lassen." Sie postierten sich in verschiedenen Abständen, wie Cowboys, die auf eine Herde warten, die sie möglichst vollständig zählen wollen. Sie hielten Zeitschriften in der Hand, die der trübe prüfende Blick des Portiers als sehr politisch einschätzte: Sie waren aggressiv aufgemacht, also vollkommen anders als die Zeitung der anderen Gruppe, die gestern da war: Deren Zeitung stach durch betonte Strenge ins Auge, schwarz-weiß, alles vollbedruckt, in Reih und Glied und Kolonnen, durch Seriosität geradezu abweisend.

Der Portier stellte sich auf das kommende Schauspiel ein. Er wußte, wie wenig diese jungen Leute Anklang fanden, daß viele von der Belegschaft, die früher eine recht scharfe Sprache geführt haben gegen die Unternehmer, gegen dies und das, schön still geworden sind, seitdem die Jungen da draußen ihre wöchentlichen Flugzettel und monatlichen Zeitschriften verteilten und verkauften. Keiner wollte in den Verdacht kommen, er hätte mit denen da draußen was gemein. Dabei wußte der Portier, daß viele mit den Ideen dieser Jugendlichen da draußen im Stillen sympathisieren. Aber alle waren darüber empört, daß diese Rotzlöffel über ihre Probleme im Betrieb auf eine überhebliche und neunmalklugen Weise schrieben und sprachen, mit Phrasen gespickt und Fremdwörtern garniert. Daß sie sich den Leuten und ihren Problemen im Betrieb gegenüber benahmen, wie Hochschulgelehrte gegenüber Versuchskaninchen.

Da tauchten schon die ersten Arbeiter und Arbeiterinnen auf. Von weitem erkannten sie die Situation und stell-

ten sich bereits darauf ein, ohne sich viel anmerken zu lassen. Die meisten beschleunigten ihren Gang, als wollten sie die Flucht nach vorn in die Fabrik antreten oder als wollten sie vor dem Ziel noch eine letzte Hürde nehmen, nachdem sie die schnell und mechanisch ausgeführte Morgentoilette zeitgerecht geschafft, das hastig eingenommene Frühstück hinter sich gebracht, und die Tram zum richtigen Zeitpunkt erwischten hatten.

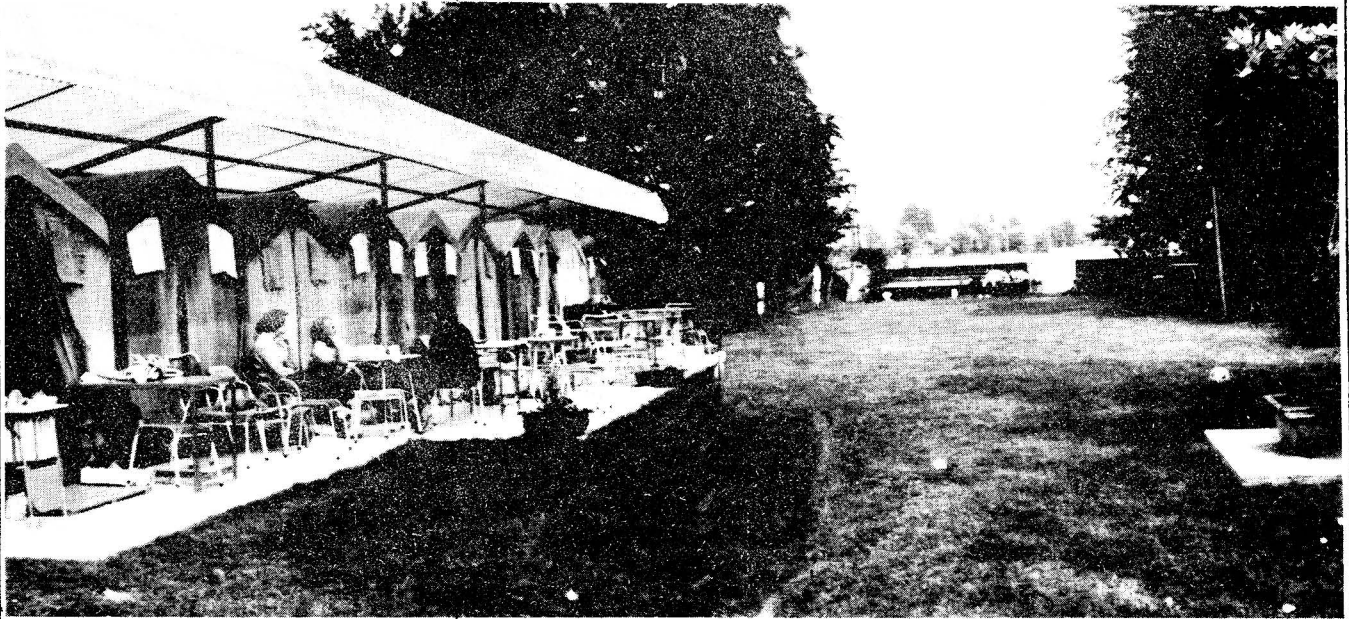
Auf ein zaghaftes "Morgen" der ihnen erwartungsvoll, mit gespannter Freundlichkeit entgegenstarenden jungen Leute, kam das "Guten Morgen" manchmal in festem und bestimmten Ton zurück, als gelte der Gruß den anderen heraneilenden Kollegen. So gehen die meisten vorbei, je mehr es auf 6 Uhr 45 zugeht, in umso dichteren Scharen, die von den freiwilligen Posten am Tor trotz mutiger Versuche nicht aufgelöst, in einzelne Personen aufgesplittert werden können, um ein knappes Morgengespräch zu beginnen. Vor den unmittelbar bevorstehenden 8 Stunden Arbeit ein kleiner Plausch über höhere Dinge...

"Kennen Sie schon die neueste Nummer" Eine abwehrende Handbewegung da und dort, selten offene Ablehnung, man ist gewohnt Haltung zu bewahren, da müssen Kollegen untereinander schon sehr gut bekannt sein, wenn es zu politischen Gesprächen kommt, während der Pausen. Die meisten sind höflich zurückhaltend, andere kalt, 'net amol ignorieren' steht vielen im Gesicht, aber dann gelingt es einem der erfahrenen Torposten, eine Frau zu "schnappen", durch geschicktes Abschneiden des Weges, daß sie zur Mauer ausweichen muß und sich am Posten direkt vorbeidrücken mußte, wie abends oft, auf dem Heimweg, wenn sie belästigt wird von irgendwelchen Männern auf der Straße. Aber das hier ist eine andere Situation, da wehrt sie sich. Sie stellt ihrerseits den Bedränger und schreit fast hinaus: "Schleich Di, Bua, geh ham schlofn, wos tuast'n do, es wü Di do eh kana und Dei Politik, wos vastehst scho davon?"

Ein Kader läßt sich durch sowas nicht aus der Fassung bringen, da hat doch endlich eine angebissen und zappelt an der Angelschnur, wer wird da schon freundlich sein, aber eine Kommunikation ist wenigstens "hergestellt": "Wir kennen Ihre Sorgen, glauben Sie mir und wir kämpfen für Ihre Rechte. Da steht zum Beispiel in der Ausgabe unserer Zeitung...." "Wos wast'n Du scho von meine Surgn?" "Wir kennen die Betriebsverhältnisse, wir wissen, daß da nicht alles in Ordnung ist und wir versuchen Euch doch zu helfen...." "Nix wast und nix vastehst. Von do drauß! Und nachha legt's Euch schlofn. Warum tats net studieren, mir brennan jo dafür. Mir kümmern uns scho um unser Recht, nur ka Angst, und daß im Betrieb net alles in Ordnung is, des wüß ma selba. Also gib a Zeitung her damit a Rua is und laß mi durch!" Der Posten strahlte über das ganze Gesicht, als er sich nachher zum jüngeren Posten wandte und sagte: "Siehst Du, Kontakt aufgenommen, Zeitung verkauft und Informationen über den Betrieb eingeholt, alles in einem! Schlecht ist es im Betrieb, hat die Frau gesagt, schlecht ist es!" Er war außer Rand und Band vor Freude. Das Mädchen blickte ihn bewundernd an.



Sommerakademie 1974 am Neufeldersee



Im Rahmen der heurigen Sommerakademie werden in Referaten und Diskussionen kommunalpolitische Fragen, Emanzipation, Probleme der Organisation, Hochschulpolitik, Probleme der Lohn- und Einkommenssteuer und Diskussionen über unsere Herbstaktivitäten im Zusammenhang mit der Kandidatur der Gewerkschaftlichen Einheit zur Arbeiterkammerwahl behandelt. Ein detailliertes Programm wird bis Ende Juni veröffentlicht und zugeschickt werden.

Schon jetzt besteht die Möglichkeit, auf unserem Strand am Neufeldersee sowohl Urlaub zu machen, als auch das Wochenende mit Freunden und Bekannten zu verbringen. Die Zelte sind aufgestellt, so daß die Möglichkeit der Übernachtung besteht.

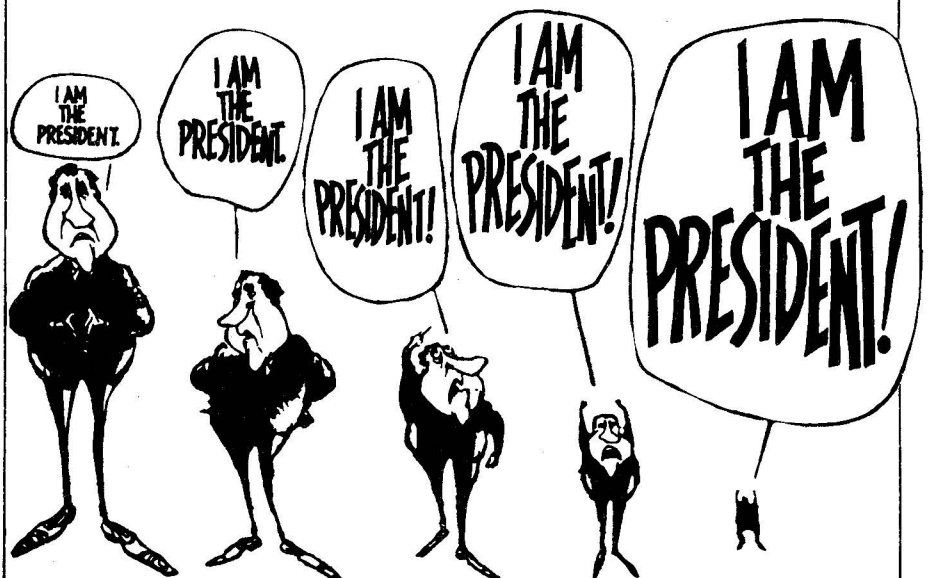
Für Mitglieder sind ermäßigte Badesaisonkarten im Sekretariat der FÖJ-Bewegung für Sozialismus zu erhalten.

The fucking* President

Um den Politgangster Nixon zu entlarven, versagten alle Argumente und Beweise, als er die schrecklichen Verbrechen in Vietnam verordnete und durchführen ließ. Die Rechnung, die ihm jetzt präsentiert wird, ist von einem amerikanischen Kleinbürger erstellt - von ihm selbst. Wenn er jetzt - fast schon sicher - zu Fall kommt, wird ihn nicht so sehr die gute Erinnerung an seine mörderischen Untaten als Kriegsherr des US-Imperialismus moralisch stürzen, sondern der Unmut darüber, daß die Fratze, die er auf seine Tonbänder schneidet hinter der salbungsvollen Miene der amerikanischen Biedermannes einen

ganz gewöhnlichen Wirtshausbold erkennen läßt. Dieser "fucking"Präsident der USA stürzt über seine Gaunerehre zu sich selbst - daß er

er sich wenigstens im Amt nicht versagte, zu sprechen, wie ihm der Schnabel gewachsen war, mit dem er auf ganze Völker loshackte.



* eine gemein übliche Redewendung im Englischen, die nie das bezeichnet, was der Wortlaut meint.

WIENA BESCHTANDS- AUFNAME

v. U. Jäger

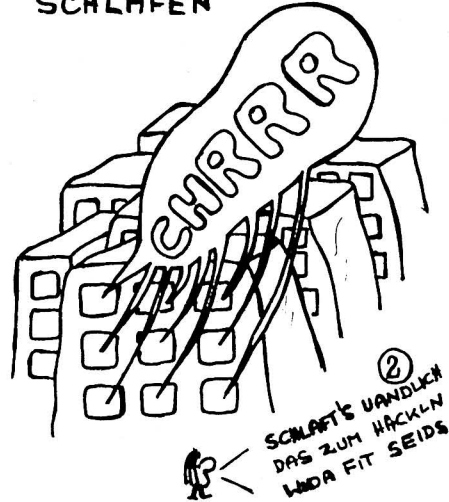
ODER

WIR WOLLEN EIN
JUGENDZENTRUM
IN SELBSTVERHALTUNG

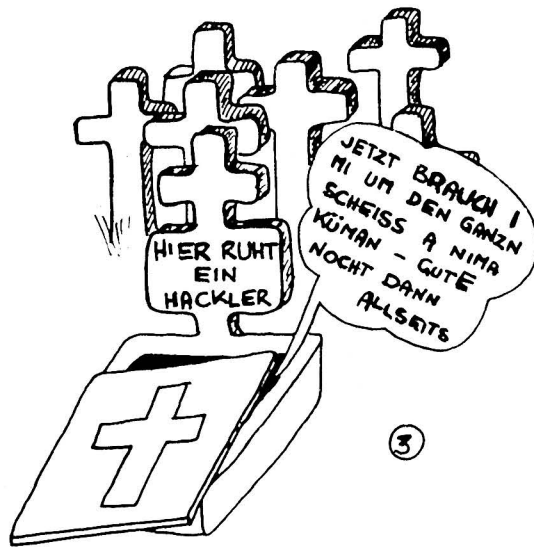
IN WIEN GIBT'S
FABRIKEN, WO MAN ARBEITEN
KANN



WOHNSILOS ZUM
SCHLAFEN



UND FRIEDHÖFE ZUM STERBEN



ABER WAS TUT
EIN JUGEND-
LICHER, WENN
ER NICHT GE-
RADE ARBEITET,
SCHLÄFT ODER
STIRBT ?

Du weißt ja wie das ist: erst die Arbeit - na, wie lang noch, eine Viertelstunde, zehn Minuten, fünf Minuten - endlich aus. "Auf Wiedersehen !" zu den Kollegen, möglichst schnell raus - und dann ...

Ja, und dann ?

Was gibt s für Möglichkeiten ?

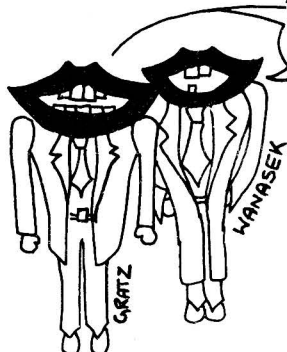
Diskotheek ? Kannst Du Dir so oft nicht leisten, außer - dem jeden Tag die laute Musik und die faden Ge- sichter...

Kino ? Den letzten klassen Film hast Du schon zwei- mal gesehen.

Jugendzentren, wo Du nicht laut sein darfst, weil Du sonst die Markensammler im Nebenraum verschreckst, wo Du jede Kleinigkeit anmelden muß, wo Du Dir wie in einer Schule vorkommst, wo Du Dich mit dem Leiter gut stellen muß sind wahrscheinlich auch nicht das Richtige.

Dann bleibt Dir noch der Fernseher samt Deinen Eltern - fad.

WIR WOLLEN UNSER
HEISSGELIEBTES
RATHAUSTEAM DA-
ZU BEFRAGEN:



ABER JUNGER FREUND
DAS IST DOCH GAR
KEIN PROBLEM, WO
ES DOCH DIE VIELEN
SCHÖNEN.....

5

UND DIE LIEBLICHEN KIRCHEN-
KLUBS WO MAN MIT DEM
PFARRER SO HERRLICHE UND
VOR ALLEM AUF SCHLUSSREICHE
GESPRÄCHE FÜHREN KANN:



TYPISCHER DIALOG ZWISCHEN
PFARRER UND KLUBSCHÄFCHEN

WENN MAN SICH DAS DANN
ALLES ANSCHAUT, KOMMT EINEM
ERSTMAL DAS GRAUSEN UND
DANN MUSS MAN ZU DEM
SCHLUSS KOMMEN, DAS WIR
ETWAS BRAUCHEN, WO WIR
TUN KÖNNEN WAS WIR WOLLEN

OHNE KONSUMZWANG UND MEINUNGSTERROR UND DAS IST

EIN JUGENDZENTRUM IN SELBSTVERWALTUNG!

Oder, und das passiert dann auch meistens, ab ins nächste Wirtshaus und ein paar Bier runterg'stoss damit man für ein paar Stunden nicht merkt, wie beschissen die Lage ist.
So schaut's aus bei uns in Wien.

Unsere Freizeit wird von den gleichen Interessensgruppen gelenkt wie unsere Arbeitszeit. Einfach ausgedrückt: der Freund vom Chef hat jetzt eine

...SPÖ-KLUBS GIBT,
WO MAN DAS TUN
DARF WAS DER
HERR „VERANTWORT-
LICHE“ ZULÄSST!



6

WIR SIND DANK-
BAR FÜR JEDEN
HEINABEND DEN
WIR MACHEN
DÜRFEN UND
VERZICHTEN DA-
HER GERNE AUF
ALLES ANDERE,
WIE DIE EIGENSTÄNDIGE
ENTWICKLUNG UNSERER
POLITISCHEN MEINUNG-
DAZU HABEN WIR JA
VORSITZENDEN KREISKY,
DER ÜBRIGENS HOCH,
JA 3X HOCH LEBEN SOLL!

...UND LAST NOT LEAST DIE
VIELEN DISKOTHEKE, KAFFEE
UND GASTHÄUSER, WO
FREUNDLICHE WIRTE FÜR
STIMMUNG SORGEN.



8

WOS, NEGA BIST?
OHNE GELD GIBTS
KA MUSI!
SCHLEICH DI
DU SANDLER!
I BIN JA NET
DE CARITAS
-UND UM
9€ IS SCHLUSS

schicke Diskothek aufgemacht. Oder anders: so wie der Chef an unserer Arbeit verdient, will der Kino-Wirtshaus-Diskothekenbesitzer an unserer Freizeit verdienen. Kirchen und Parteien wiederum versuchen die Jugendlichen ideologisch in den Griff zu bekommen. In den Stadtrandsiedlungen ist die Situation besonders krass, da es außer Wirtshaus und Fernsehen keine anderen Möglichkeiten der Freizeitgestaltung gibt. Daß man gegen diese beschissene Situation etwas unternehmen kann, haben Jugendliche aus der

Großfeldsiedlung und Simmering bewiesen. Sie haben sich zusammengeschlossen im Kampf um Jugendzentren in Selbstverwaltung. Ihre Losung kein sauteures Gemeindeheim, sondern einfache Montagebauhütten, die sie selbst gestalten und verwalten können. In denen die freie Diskussion gewährleistet und der Konsumtionszwang abgeschafft ist. Bei einer ihrer Aktionen (Grossfeld-TAM TAM) gemeinsam mit dem Verein zur Förderung selbstverwalteter Jugendclubs kam eine Unterschriftenaktion für die Errichtung

eines Montagebauzentrums heraus. Bekannte Künstler, Journalisten und eine Delegation aus den Stadtrand-siedlungen wird diese Forderung Bürgermeister Gratz vorbringen. Eine zweite Großveranstaltung ist in Simmering geplant. Wir dürfen uns nicht auf Stadträte oder Landesjugendreferenten verlassen, der Druck muß von unten kommen, die Betroffenen müssen sich rühren. Wir nehmen unseren Kram selber in die Hand, wir sind für Selbstverwaltung, für Demokratie in Praxis.

Kontakte für alle, die sich für Jugendzentren in Selbstverwaltung interessieren:

Gruppe N.A.P.A.L.M.: 1040 Wien, Belvederegasse 10. Interessenten können sich jeden Dienstag um 19 Uhr 30 in der BELVEDERE GASSE 10 das ist im vierten Bezirk, nähere Informationen holen !!!

Warum Brandt scheiterte

Die Situation in der Bundesrepublik Deutschland und in der SPD



Der Rücktritt Brandts unter dem Vorwand der Affaire Guillaume hat Staub aufgewirbelt. Wo sind die Ursachen zu sehen? Die Euphorie von 1969 und 1972 ist gewichen, eine realistische Einschätzung wichtig. Was ist geschehen?

Zuerst einige Daten:

Laut Meinungsumfragen hätte die SPD im Jänner 1973 auf 52% der Stimmen zählen können, die CDU-CSU auf 39% die FDP auf 7%. Zum Vergleich Feber 1974: SPD 39%, FDP 10%, CDU-CSU 49%, also Gleichstand von Regierung und Opposition. Eine Serie von Wahlergebnissen stimmt damit überein.

Wie läßt sich diese enorme Umkehr begründen? Und weshalb geht die Tendenz nach rechts?

Zweifellos ist die Enttäuschung über die vielen gebrochenen Wahlversprechen groß. Doch es wäre oberflächlich, sich darauf zu beschränken.

Die vorgebliche Energiekrise im vergangenen Winter hat der Bevölkerung gezeigt, daß die Bundesrepublik keine Insel der Seligen ist. Ihre Wirtschaft ist nicht gefeit gegen Störungen

und die allgemeine Krise hat auch vor ihr nicht haltgemacht. Die Bundesregierung mit ihrem Kurs der Augenblicksreaktionen und ohne jede Perspektive war völlig außerstande, richtige und energische Maßnahmen zu ergreifen. Wie hätte sie das auch können, repräsentiert sie doch in ihrer Zusammensetzung die eindeutige Führungsrolle des Großkapitals, aufgeputzt mit einigen Alibi-Progressiven. Der Repräsentant des Großkapitals, Wirtschaftsminister Friederichs (FDP) gegen den zahmen Reformisten Eppler, den SPD-Entwicklungshelfer, wer wird sich da wohl durchsetzen? Das Bundeskartellamt in Berlin, mit gesetzlichen Befugnissen völlig unzureichend ausgestattet, startete einen schwachen Versuch, die Multis, vor allem die Ölkonzerne, in Hearing zur Ordnung zu rufen. Es wurden Shows daraus, in denen es diesen Konzernen gelang, sich als lammfrom, besorgt nur um die Volkswohlfahrt hinzustellen - wiederum unterstützt von Friederichs.

Die SPD aber, "die" Regierungspartei ist in sich derart gespalten, daß sie überhaupt handlungsunfähig ist. Der rechte Flügel hat in der Zentrale unbestritten das Heft in der Hand.

Der linke, vor allem die Jusos, hat eine Reihe von Bezirksorganisationen erobert. Aber die Jusos sind in sich selbst gespalten. Weiters sind sie gezwungen, sich mit den Parteirechten, wie Minister Vogel oder Regierungssprecher Ahlers derart auseinanderzusetzen, daß kaum noch Zeit für effektive politische Arbeit bleibt. Effekt: die Wähler sind verwirrt und die Partei verliert Stimmen.

Eines läßt sich mit Bestimmtheit sagen: Die Jusoversion der "Doppelstrategie", des Marsches durch die Institutionen, der Eroberung der Basis ist gescheitert. Geplatzt ist damit auch die Illusion, eine sozialdemokratische Partei zu sozialistischen Zielsetzungen und zu antikapitalistischen Maßnahmen zu bringen. Derzeit ist die SPD nicht einmal mehr zu Reformen fähig, und jede Handlung ihrer Funktionäre wird zum Bumerang für die Partei: von der Geschwindigkeitsbegrenzung bis zu den Streiks im Öffentlichen Dienst und in der Automobilindustrie. Unter diesen Umständen verwundert es nicht, daß die SPD sogar den Arbeitern, die ja täglich die Hetze der bürgerlichen Presse hören, unglaubwürdig wird. Die Spaltertaktik ("Bild": "Deutsche Arbeiter kämpfen ihre Fabrik frei" - gegen streikende Fremdarbeiter) hat Erfolg: ein klassischer Fall monopolkapitalistischer Politik.

Die CDU-CSU hingegen, die in den Jahren des Wiederaufbaus die Regierung führte, erscheint jetzt als die Partei, die "besser gewirtschaftet hat". Der Rechtsruck ist so Ausdruck eines manipulierten Bewußtseins nicht nur der Kleinbürger, sondern diesmal auch der Arbeiter, die faschistische Rechtsdemagogie feiert fröhliche Urständ.

Was bedeutet das für die Linke? Die oft verkündete Verschärfung der Klassenkämpfe hält sich in bescheidenem Rahmen. Die deutschen Arbeiter entwickeln insgesamt eher das Bewußtsein einer Arbeiteraristokratie. Die wenigen reformistisch angehauchten Gesetze, welche die sozial-liberale Koalition beschloß, drängen den Arbeitern kaum in das Bewußtsein. Ihre Bedeutung wurde nicht begriffen - falls die Bedeutung überhaupt sehr weit reicht! Das Mit-

bestimmungsgesetz diene als Beispiel. Die CDU-CSU profitiert vom Zerfall der Glaubwürdigkeit der SPD-Politik und einer linken Alternative dazu. Die Jusos sind das Muster gleich von beiden Bewegungen dazu. Sie befehlen sich in drei Fraktionen. Am Bundeskongreß Ende letzten Jänner in München wurden Resolutionen beschloßen, die einander widersprechen. Die Mehrheitsfraktion, welche die Vorsitzende Heidi Wizerik-Zeulen (aus Süd-Hessen) stellt, bezeichnete in einem Antrag Investitionslenkung als Mittel der Systemüberwindung. Gleich darauf wurde aber - zum Ausgleich? - in einem Papier erklärt, Investitionslenkung wirke systemstabilisierend ohne die Verstaatlichung der Banken und der Schlüsselindustrien.

Nach den letzten Wahlniederlagen wurde der Druck der Parteiführung auf die Jusos besonders stark. Eine Reihe von Parteiausschlußverfahren - vor allem gegen Mitglieder der STAMOKAP-Fraktion - im ganzen Bundesgebiet wurde eröffnet. Die Linken werden also einfach hinausgeworfen. Die Jusostrategie ist gescheitert, die Idee, in einer bürgerlich reformistischen Partei sozialistische Politik betreiben zu wollen, hat sich als das erwiesen, was sie von Anfang an war: eine absurde Illusion. Die Führungsspitze der SPD macht die Jusos jetzt zu den Sündenböcken für ihre Mißerfolge in der "Realpolitik". Sie sieht ihre Rettung darin, jeden Rest auch von Reformismus aufzugeben und eine bessere CDU zu werden. Das könnte an Österreich erinnern: Kreisky weiß für seine Partei schließlich auch nur die einzige Perspektive einer "intensiven Aufklärungskampagne über die Leistungen der Regierung", einfacher gesagt, einen verlängerten Wahlkampf. Als Folge setzt sich in der SPD-Linken zunehmend die Tendenz durch, die Partei zu verlassen, um zur DKP zu gehen. Das ist aber eine Scheinlösung, betreibt doch auch die DKP eine rein reformistische Politik, ähnlich der KPÖ. Ein schönes Ergebnis der endlosen Diskussionen über Theorie und Strategie, die immer so praxisfern waren, daß sie die Jusos nur von der arbeitenden Bevölkerung trennten. Die Konservativen bringen nun die Ernte ein. Die einmalige Ge-

legenheit, heuer im Winter die Rolle der Monopole aufzuzeigen, wurde versäumt. Die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftsführung - ohne Zweifel wichtig - ließ den Kampf gegen die Unternehmer und ihre Organisationen in den Hintergrund treten. Diese und ihr politischer Arm, die CDU, erscheinen einig und gefestigt; die SPD hingegen reibt sich auf, die Streiks werden gewöhnlich völlig unpolitisch begriffen und es bleiben Lohnforderungen. Von einem wachsenden Klassenbewußtsein kann kaum gesprochen werden. Die Delegationen der Jusos, der DKP(ML) wurden an den Streikorten geradezu feindlich empfangen. Bisher ist es der Linken nicht gelungen, den Arbeitern ihre Politik verständlich zu machen. Diese sehen in diesen Gruppen gewöhnlich das, was ihnen die Springer-Presse täglich einhämmert.

Brandts Rücktritt hat sich seit Monaten abgezeichnet. Er hat nur mehr das Symbol einer ohnehin längst nicht mehr bestehenden Einheit weggeschickt. Der Anlaß war lächerlich, die Auswirkungen vermutlich gering. Seine Politik ist gescheitert. Übrig bleibt davon einzig die Ostpolitik.

Gescheitert ist damit aber auch das Konzept, die Sozialdemokratie als Vehikel zur Systemveränderung zu benutzen. Übrig bleibt die Frage, welche Organisationsform Sozialisten für eine effektive Arbeit wählen müssen und können, um weder in diesen Irrtum noch in einen anderen zu verfallen: in Sektiererei und Selbstanbetung. Man wird nicht zur revolutionären Partei, indem man sich als solche bezeichnet. Dies ist umso wichtiger heute, wo sich eine tiefe strukturelle Krise des gesamten imperialistischen Systems abzeichnet.

A.R. nach einem Bericht aus der BRD

Der lusitanische Popanz nach dem Kollaps

Faschismus auf portugiesisch

Mit dem niedrigsten Pro-Kopf-Einkommen Westeuropas (1967/68 betrug es 1440 D-Mark, in Spanien 2050, in Griechenland 2080, in Italien 3800 D-Mark) der höchsten Alphabetenquote, der höchsten Geburtenrate, aber auch der höchsten Säuglings- und Kindersterblichkeitsrate und nicht zuletzt mit dem höchsten Militäretat (über 50% aller Staatsausgaben) wird Portugal häufig als "Armenhaus Europas" genannt. Daß es trotzdem unter den 9.5 Millionen Einwohnern bislang ruhig blieb, dafür sorgte die faschistische Diktatur, die unter ihrem Schöpfer Salazar, volle 40 Jahre von innen und außen unangefochten Portugal beherrschen konnte. Die bewährten Stützen des Salazarismus : strengste Pressezensur, eine allgewaltige und allgegenwärtige Geheimpolizei (PIDE) mit Blankovollmachten und unbeschränkter Handlungsfreiheit, die Kirche und - bis zur Machtübernahme am 25.4.1974 jedenfalls - das Militär. Und noch eine Eigenschaft zeichnete Portugal aus. Daß im äußersten südwestlichsten Zipfel Europas scheinbar im mittelalterlichen Dornröschenschlaf dahindämmende Land war und ist nicht nur einer der wichtigsten Pfeiler des Nordatlantischen Paktes (NATO), sondern seines Zeichens einzige altehrwürdige Kolonialmacht in Europa. Portugals Kolonien (in der amtlichen Sprachregelung "Überseeprovinzen" genannt) umfassen ein Territorium, das 22 mal so groß ist wie das "Mutterland" selbst.

Unter Salazars Herrschaft hat sich die nach völlig veralteten Prinzipien (Merkantilismus, Protektionismus) gelenkte Wirtschaft des Landes (Salazar hat seine Karriere als Professor für Wirtschafts- und Finanzwissenschaften begonnen) in den Händen von rund 200 Familien konzentriert,

unter denen ganze 20 das eigentliche Sagen haben. Diese Oligarchie ist auf allen Gebieten der staatlichen, wirtschaftlichen Verwaltung verankert und war einzige Nutznießerin der Salazar'schen Politik.

Im "Neuen Staat" Salazars war die oberste Legislative - mit rein formalen Funktionen - in eine Nationalversammlung und eine Ständekammer geteilt. Die einzige legale Partei, die Nationale Union, mit ihrer eigenen Parteimiliz und die Nationalgarde waren die loyalsten Institutionen des Salazarschen Systems. Und die Kirche - deren junger Klerus erst seit 1958 oppositionelle Stellung zum Regime bezog, diese Kirche war noch systemintegrierter als die spanische und sorgte ihrerseits für Ruhe und Ordnung durch Predigt, Vertröstungen und einen Wunderglauben, dessen Symbol Fatima wurde, wohin mittlerweile (die angeblichen Erscheinungen datieren von 1917) über 117 Millionen aus dem In- und Ausland gepilgert kamen.

Der unvorstellbaren, in den Augen des Touristen als Lokalkolorit ins landschaftlich schöne Bild Portugals passenden Armut, dem Kriegsdienst in den Kolonien und der brutalsten politischen Repression entzogen sich seit Salazars Gesundheitspolitik für Wirtschaft und Staat an die zwei Millionen Portugiesen durch Massensexodus: allein 1970 verließen 100.000 "stille" Wehrdienstverweigerer das Land. In Frankreich beträgt ihre Zahl 80.000. Dort bilden sich mit den arabischen und afrikanischen Einwanderern und Gastarbeitern die untersten Schichten des Proletariats.

Zur Illustration des Zustandes sozialer Einrichtungen nur einige Daten aus dem portugiesischen Gesundheitswesen: 1965 zählte man 7.820 Ärzte, 88 Zahnärzte, 2.338 Apotheker, 7.531 Krankenpfleger und 554 Hebammen in ganz Portugal. Das Ver-

hältnis pro Arzt und Einwohnerzahl betrug 1:1.240 (Vergleichszahl: in Griechenland betrug das Verhältnis zur gleichen Zeit 1:710) Je 10.000 Portugiesen standen 58 Krankenbetten zur Verfügung.

Unter den Bedingungen einer hemmungslosen politischen Repression hat sich eine ernstzunehmende Opposition im Land kaum entwickeln können, und sie war noch dazu in sich zersplittert. (Wer als politischer Verdächtiger von einem Zivilgericht zu einer hohen Gefängnisstrafe verurteilt wurde, durfte von Glück reden. Wenn er das Pech hatte, freigesprochen zu werden, verschwand er gleich nachher in einem der berüchtigten Gefängnisse der PIDE. Entweder verließ er es niemehr oder - was immer wieder vorkam - als Geisteszestörter. Es ist daher nicht verwunderlich, daß Widerstand nur von einer Seite her kommen konnte: vom Militär.

Salazar mußte zweimal sterben

Spinolas Machtübernahme ist vorläufiger Abschluß einer Kette von Versuchen seitens Angehöriger der portugiesischen Armee, die im Volk ausnahmslos verhaßte und gefürchtete Diktatur zu stürzen.

Und stets stand im Mittelpunkt der Rebellion der Armee die Problematik der Kolonialpolitik. 1947 stellte Hauptmann Galvao die Kolonialpolitik in Frage und wurde prompt eingekerkert. General Delgado, der bei einer der ritualisierten und völlig undemokratischen Präsidentschaftswahlen eine Gegenkandidatur wagte und trotz aller Gegenmanöver ein Drittel der Stimmen auf sich vereinigen konnte, mußte ins Ausland fliehen. In Algerien schloß er sich der F.P.d.L.N. (Portugiesischen Volksbefreiungsfront) an und wurde 1965 anlässlich geplanter Verhandlungen mit Regimevertretern von der PIDE auf spanischem Boden ermordet. 1961 verweigerte General Vassalo e Silva, Oberbefehlshaber der 3.500 Mann starken Truppe auf der portugiesischen Kolonialinsel Goa den Befehl, der indischen Inva-

sionsübermacht Widerstand zu leisten. Ein Jahr später fand in den Kasernen von Beja ein Staatsstreichversuch statt, der aber rechtzeitig aufgedeckt und erstickt werden konnte. Der Führer der L.U.A.R. der "Ver- einigten Revolutionären Aktion" ist der ehemalige Luftwaffenoffizier da Palma, der eine Militärmaschine entführt und über Lissabon Flugblät- ter abgeworfen hatte.

Die Portugiesen nennen den Sturz der Diktatur durch die Armee Sala- zars zweiten Tod. Denn als Salazar am 27. Juli 1970, nachdem er jahre- lang in Koma gelegen war, starb, lebte sein Geist weiter in seinem Nachfolger Caetano, der als ebenso gerissen wie rücksichtslos galt. Den- noch setzten viele Beobachter Hoff- nungen in ihn, daß er das portugie- sische Dilemma lösen würde. Sein Leitsatz, von dem er sich führen ließ, war: "Kontinuität in der Er- neuerung". Unter Kontinuität war die Fortdauer der politischen Unter- drückung gemeint, unter Erneuerung die technokratische Lösung für die unaufschiebbar gewordenen wirtschaft- lichen Probleme des Landes. Bis da- hin lebte Portugal von den Kolonien, den hohen Schutzzöllen (Protektio- nismus), von den billigen Arbeits- kräften (kein Streikrecht, "Arbeits- frieden" durch das Fehlen primitiv- ster Schutzeinrichtungen für die Ar- beiter erkaufte), von den Auslands- überweisungen der portugiesischen Gast- arbeiter und dem Fremdenverkehr. Das portugiesische Dilemma war: die Umstellung von EFTA-Mitglied- schaft auf EWG-Integration unter Berücksichtigung der Auslandsinve- stitionen von der BRD, den USA, England, Frankreich, Belgien und Südafrika ohne größere soziale und politische Erschütterungen zu meistern. Caetanos Maßnahmen waren Blendwerk, weder Fleisch noch Fisch. Seine Landreform beschleunigte bloß die Landflucht und die Bildung eines Subproletariats um die Städte. Er hat Wahlen für 1969 angekündigt - es war eine Mas- kerade. Soares, der Führer der So- zialisten, versuchte damals, die Opposition zu formieren, wurde aber in seiner Arbeit mit allen Mitteln gehindert und mußte ein Jahr später wieder ins Ausland flieh- en. Caetano ließ nach den Wahlen

die Nationale Union in Nationale Volkunion umbenennen - wohl um seine Popularität zu unterstreichen und einige Ultra-Salazaristen zu brüskieren. Auch die PIDE wurde in "Generaldirektion für Sicherheit" umbenannt. Ansonsten blieb alles beim alten.

Die Lage in den Kolonien

Caetano und mit ihm der Salazaris- mus stürzte über den Kolonialkrieg, der über die Hälfte aller Staatsaus- gaben beanspruchte und die portugie- sische Armee mit einem Guerilla- Kampf konfrontierte, dem sie ein- fach nicht gewachsen ist. "Befrie- dungsaktionen" á la My Lai wie in Wiryamu haben in Armeekreisen größere Bestürzung hervorgerufen als in der zivilen Verwaltung. Spi- nolas Buch über die Zukunft Portu- gals war mehr als eine Kritik an der Kolonialpolitik: es war für viele ein Manifest.

Portugals Kolonien bieten ein getreu- es Bild bzw. Abbild der Zustände des "Mutterlandes". Bis 1961 waren Zwangsarbeitsgesetze in Kraft, die die Eingeborenen zum Anbau ganz bestimmter Mengen von beispiels- weise Baumwolle verpflichteten, die sie zu festgesetzten Preisen abzuge- ben hatten. Die kraß ungleiche Ent- lohnung von weißer und schwarzer Arbeitskraft führte zu grotesken Si- tuationen. Viele Eingeborenen wech- selten über die Grenze in die Südaf- rikanische Union, um dort "Schwarz- arbeit" anzunehmen, weil diese ver- hältnismäßig noch immer besser be- zahlt ist.

Die Arbeitsbedingungen auf den Di- amantengebieten in Angola wurden selbst von regimetreuen Inspektu- ren als unerträglich bezeichnet. Ne- ben den Ressourcen der Kolonien (Angola: Diamanten und Kaffee. Mozambique: Reis, Zucker, Tee und Erdnüsse) ist ihre strategische Bedeutung für den Imperialismus hervorzuheben. Hier verläuft die wichtigste Handelsroute um das Kap der Guten Hoffnung, von hier aus kann der Indische Ozean militärisch überwacht werden. In das Cabora- Bassa-Staudamm-Projekt haben zu- viel imperialistische Länder inve- stiert, von seiner Fertigstellung hängt

zuviel für die Apartheid-Länder Rhodesien und Südafrika ab.

Wenn die soeben gebildete provisori- sche Zivilregierung in Portugal kei- nen Rat weiß, der nur die Unabhän- gigkeit und die Selbstbestimmung der ehemaligen Kolonien bedeuten kann, wird die derzeitige Konfrontation zwischen den Befreiungsorganisatio- nen und der portugiesischen Kolo- nialmacht zu einem Zusammenstoß mit einer imperialistischen Aggres- sion, die sich auf Rhodesien und Südafrika stützen können. Die Befreiungsorganisationen, die sich 1970 zu einer Dachorganisation zusammengeschlossen hatten, sind vorbereitet. 1956 wurde die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhän- gigkeit Guineas und der Kap Verdischen Inseln) vom kürzlich er- mordeten Amilcar Cabral gegründet, deren Regierung heute als eine rechtmäßige von der UNO anerkannt ist. Ebenfalls 1956 wurde in Angola die MPLA (Volkshilfe für die Befreiung Angolas) vom Arzt Agostino Neto gegründet und hat heute ein Drittel Angolas unter ihrer Kontrolle. Die FRELIMO in Mozambique hat 10.000 Kämpfer unter Waffen und 10.000 in Reserve und verfügt heute über Boden- Luft-Raketen, die eine Verschiebung der von der Luftüberlegenheit der portugiesischen Kolonialarmee ge- prägten Kräfteverhältnisse bedeuten könnte.

Die Zukunft Portugals

Die Entwicklung in Portugal und in den afrikanischen Kolonien ist offen. Bei aller Bedeutung der durch Spino- la geschaffenen neuen Realitäten ist Re- serve angebracht, sowohl was die zu- künftige Politik in Portugal, als auch was ihre Auswirkungen auf die Kolo- nien betrifft. Ein Gegenputsch der Armee ist zwar unwahrscheinlich, aber nicht ausgeschlossen. Ein Abfall der Kolonien zwar denkbar, aber kaum möglich. Vor allem führt der Weg, der jetzt in Portugal eingeschlagen wird, nicht zum Sozialismus, sondern zur Wiederherstellung und Festigung einer bürgerlichen Demokratie mit starken reformistischen Tendenzen seitens der repräsentativen Parteien der Linken.

Fortsetzung auf Seite 20

Kräfteverhältnisse heute

Die Stimmung in den breiten Schichten der Bevölkerung ist alles andere als revolutionär: sie ist von Erleichterung und Hoffnung geprägt. Die Arbeiterbewegung hat sich zwar erstaunlich schnell zu Wort gemeldet, ihre programmatische und organisatorische Konsolidierung wird aber noch geraume Zeit dauern. Es ist eine Übergangssituation. Wenn der Alltag einkehrt in Portugal, wird ein Wust von Forderungen sozialer Natur zu stellen und für ihre Erfüllung zu kämpfen sein. Dann erst lassen sich die Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen abschätzen. Und von diesen Kräfteverhältnissen wird es abhängen, ob das Portugal von morgen den Kapitalismus von heute oder den schon gestern und vorgestern so aktuellen Sozialismus wählen wird.

Scheidung auf italienisch

In Italien hat bei dem Referendum über den Scheidungsparagraphen die bessere Hälfte gesiegt. Die rechten Christdemokraten unter Fanfani und der Vatikan haben einen überdeutlichen Dämpfer erhalten, der in der gespannten politischen Situation der Halbinsel die Fronten eindeutig zugunsten der Linken, der Vernunft nämlich verschoben hat.

Diese Abstimmung wollten die Konservativen haben (gemeinsam mit den Neofaschisten), sie wollten über eine Entscheidung, die das Privateste eines jeden Menschen betrifft, ihre reaktionäre Politik forcieren. Die Abfuhr, die ihnen erteilt wurde, ist nicht nur die Antwort des gesunden Menschenverstandes, sondern die Umkehrung des Spießes, den sie selber auf die Glut der Volksabstimmung gelegt haben. Sie haben der Linken einen unerwarteten und unerhofften Sieg beschert, den sie sicherlich gut gebrauchen wird.

Was ist Solidarität?

Wir haben es bis jetzt vorgezogen, zur Entwicklung der Solidaritätsbewegung in Österreich für Chile möglichst wenig kritische Beiträge zu liefern und mehr nach Maßgabe unserer Kräfte und Möglichkeiten konkrete Arbeit zu leisten. Auch haben wir unsere Anwesenheit in dem seinerzeit von uns initiiertem Komitee zur Unterstützung des chilenischen Widerstands stets dazu genützt, um die Tatsache von zwei Chile-Komitees in Österreich nicht als endgültig hinzunehmen, eine Vereinheitlichung beider Komitees auf korrekter politischer und organisatorischer Weise voranzutreiben und den Tätigkeit der beiden Komitees Gehässigkeiten und Konkurrenzverhalten zu ersparen.

Ein Vorfall bei der letzten Chile-Demonstration (9.5.1974), zu der von einem Personenkomitee aufgerufen wurde, dem Personen verschiedener politischer Richtungen angehören (organisiert von der Chile-Solidaritätsfront), veranlaßt uns, eine vorläufige Bilanz zu ziehen. Dabei wollen wir Fehler und Irrtümer nicht darum aufzeigen, um den internen Streit innerhalb der Linken, der die meisten Kräfte verbraucht, unsererseits zu bereichern. Aber aus Erfahrungsprozessen, auch aus negativen, nicht Schlüsse zu ziehen, sie einfach zu verdrängen, wäre noch verhängnisvoller. Schweigen - wenn auch aus Scham und Bestürzung über soviel Sektierertum und Dummheit - könnte nach der Mentalität überspannter Richtungsvertreter als Schwäche oder noch schlimmer als Zustimmung gewertet werden.

Zur Sache: Die Existenz von zwei Chile-Komitees in Österreich ist keine Ausnahme, sondern die Regel.

Aus der Niederlage der Politik der Unidad Popular unter Präsident Allende wurde nicht gelernt: Die vorher dem chilenischen Experiment mit

der sterilen Schablone gegenüberstanden, nur der bewaffnete Umsturz des Proletariats erringe den Sieg über Kapitalismus und Imperialismus, zogen für sich den schadenfrohen Schluß: hier habt ihr es, da seht ihr den Bankrott des Reformismus. In Chile lag nicht die Entscheidung zwischen bewaffneter Revolution und parlamentarischem Weg zum Sozialismus. Bekräftigt wurde diese Haltung unserer Zwergmeister der Revolution durch die Haltung der kommunistischen und sozialistischen Reformparteien.

Schuld am Debakel in Chile waren die linken Hitzköpfe, reale Widersprüche innerhalb der Unidad Popular wurden ignoriert, die Fehler, die sie gemacht hat, geleugnet, die epochale Niederlage mit ohnmächtiger moralischer Empörung zugedeckt. Der Rest ist stupider Optimismus, der die gleiche Politik der kommunistischen und sozialistischen Reformparteien in Frankreich und in Italien ohne jeden Bezug zu den chilenischen Lehren und Konsequenzen naiv hoffnungs- und erwartungsvoll betrachtet. Haben sie nicht wiederholt vor dem Putsch geschrieben: Chile ist anders als Brasilien oder Bolivien? Heute ist Frankreich etwas anderes. Und Italien. Die KPÖ ging sogar soweit, in diesem Zusammenhang positiv auf die CSSR-Ereignisse 1968 hinzuweisen, wo die brüderlichen Panzer Gottseidank bereitgestanden waren. Von Chile waren sie - der KPÖ-Logik gemäß - zu weit entfernt. Aber im Fall Frankreichs und Italiens ist der Weg wohl kürzer.

KPÖ, SP-nahestehende Organisationen und christliche Gruppierungen bildeten die Chile-Solidaritätsfront. Sie machten eine Mitarbeit von vornherein abhängig, daß als Grundlage der politischen Tätigkeit innerhalb der Solidaritätsfront die Politik der Unidad, das von ihr eingeschlagene Konzept akzeptiert würde.

Und die Jünger Maos? Sie blieben gleich beiden Komitees von Anfang an fern und rührten nicht den klei - nen Finger für irgendeine Chile-Solidaritätsaktion. Sie hatten auch alle Hände voll zu tun, um die Haltung der VR-China zu Chile zu erklären und ihre eigene Haltung dazu, die -- wie könnte es auch anders sein -- das Abbild der chinesischen ist.

Auch wir scheinen einem revolutionären Optimismus aufgefressen zu sein, daß Trotzlisten nämlich doch etwas mit ihrem Namen gemein hätten. Wir haben ihn nicht - wie historisch üblich - mit Spaltertum gleichgesetzt. Wir hätten es besser wissen müssen. Es war die winzige trotzkistische Gruppe in Chile, welche die Politik der Unidad Popular, im Gegensatz zum damals schon in jeder Hinsicht bedeuten und seriöseren MIR (Bewegung der revolutionären Linken), nicht nur kritisiert, sondern bekämpft hat. Am Anfang standen in unserem Komitee (dem außer der FÖJ-Bewegung für Sozialismus, die Gruppe Revolutionärer Marxisten, der Verband Marxistischer Mittelschüler, Arbeiterkampf und einige organisatorisch ungebundene Personen angehörten) Beteuerungen, Erklärungen und weitgehend auch solidarische Formen der Zusammenarbeit. Solange unsere Kräfte nämlich reichten, hochtrabende Flugblatttexte nächtelang zu diskutieren, den Genossen der GRM bei jedem Tun und Lassen auf die Finger zu schauen. Aber Solidarität ist zunächst einmal Solidarität unter denen, die nach außen hin Solidarität wecken, solidarisch sein wollen.

Das heißt eingehen auf die Möglichkeiten aller Beteiligten, Zurückstellen dessen, was trennt, Hervorheben dessen, was eint. Weit gefehlt! Das Komitee zur Unterstützung des chilenischen Widerstands wurde zu einem Komitee des Mißtrauens, des Herumtricksens, der Übertölpelungen. Letzter Streich politischer Unmoral und Unvernunft: trotz Versprechen der Trotzlisten und ihrer Mitläufer, ihr geplantes Konkurrenzflugblatt (Aussage: "warum Sie heute bei der falschen Adresse für Chile demonstrieren") zur eingangs erwähnten Chile-Demonstration nicht im Namen des Komitees zu veröffentlichen, stießen sie alle Vereinbarungen

über den Haufen, damit - nach eigener Aussage - bewußt den Bruch einkalkulierend.

So gehts: Die von der KPÖ dominierte Chile-Solidaritätsfront trägt gleichermaßen Verantwortung. Sie hat alle Möglichkeiten genutzt, um einheitlichen Aktionen das Wasser abzugraben. Ihr sozialistisches Demokratieverständnis entpuppte sich schon im embryonalen Stadium ihrer Wirkungspotenz als eine rein zensurierende, kontrollierende, diktatorische.

Der Versuch, im April eine gemeinsame Demonstration beider Komitees unter Einbeziehung von Organisationen, die keinem der beiden Komitees angehörten, zustandezubringen (anlässlich der Ankunft des neuen Junta-Botschafters in Österreich), scheiterte letztlich an der ultimativen Forderung der Solidaritätsvertreter, jedes Flugblatt, jede Veröffentlichung und jede Verlautbarung der verschiedenen beteiligten Organisationen während der Vorbereitung der Demonstration einer Zensur zu unterwerfen... Man stelle sich vor, wir hätten verlangt, daß bis zur Demonstration jede Stellungnahme in der "Volksstimme" zu Chile vor dem Abdruck uns vorgelegt wird...

Man muß von Glück reden, daß die Linke derzeit so schwach ist, daß ihre Querelen Ansätze von Solidarität breiter Schichten der Bevölkerung nicht zu beeinträchtigen vermögen. An alle Lager gleichzeitig gerichtet: nehmen wir doch zur Kenntnis, Genossen, daß, wenn wir über die obligaten tausend bis zweitausend Demonstrationsteilnehmer hinauswachsen, dann ist es, weil die Arbeiter und Angestellten, Künstler und Intellektuellen trotz aller lächerlichen Widerwärtigkeiten innerhalb der Linken Solidarität bekunden wollen. Aber nicht mit der KPÖ-Solidarität mit Chile, und nicht mit dieser und jener Gruppensolidarität mit Chile, sondern mit Chile! Mit den Arbeitern und Bauern in Chile, die heute ums nackte Überleben kämpfen und nicht für Trotzki, Stalin, Mao oder Breschnjew. Nicht für einen friedlichen oder "bewaffneten" Weg zum Sozialismus. Sondern für den Sozialismus, weil er die einzige Alternative zur faschistischen Diktatur ist. Für das tägliche Brot, daß die

Kinder nicht verhungern und die Frau nicht frühzeitig krepirt, daß der Bruder dem Gefängnis entrissen wird, daß der Vater morgen nicht verhaftet wird.

Wir haben uns an der von der Solidaritätsfront organisierten Demonstration beteiligt. Wir werden weiterhin an allen Solidaritätsaktionen für Chile, ob von dieser oder jener Seite angeführt, teilnehmen. Und wir werden versuchen, dort politisch auf diese oder jene Seite Einfluß zu nehmen, wo wir glauben, daß eine Vermittlung zwischen den Standpunkten im Dienste einer breiten, stärkeren und wirksameren Solidarität mit Chile steht.



revolutionäres AFRIKA

Zeitschrift mit Berichten und Dokumenten über den Befreiungskampf der Völker in Azania (Südafrika), Namibia (Südwestafrika), Zimbabwe (Rhodesien) und den portugiesischen Kolonien.

Herausgegeben vom Komitee Südliches Afrika (KSA) - Wien.

Preis: 8S 5.- (DM 1.-, sfr 1.-) + Porto
Abo (4 Hefte incl. Porto): 25.- (DM 5.-)

...soeben erschienen: Nr. 2 | 1974 (2. Jahrgang)

Inhalt:

Frieden ohne Freiheit ist bedeutungslos / Neue Siege im Volkskrieg um Guinea-Bissau / Verfassung der Republik Guinea-Bissau / Im Volkskrieg befreit sich die afrikanische Frau / Erneut Messaker der Kolonialisten in Mozambique/Angola: Das Komplott gegen die MPLA kann den Vormarsch nicht aufhalten / Der Volkswiderstand in Azania wird durch den Rassistenterror nicht gebrochen / Zimbabwe: Der bewaffnete Befreiungskampf breitet sich aus/Solidaritätsbewegung in Österreich/

Bestellungen

durch Überweisung (mit Angabe des Zahlungszwecks) auf das Konto Nummer 601-228-604 der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Internationale Nachrichten

Frankreich: Ein Pyrrhussieg ?

Siege, die so teuer erkaufte sind, daß sie als Ouvertüre einer künftigen Niederlage angesehen werden können nennt man Pyrrhussiege. Vieles spricht dafür, den knappen Sieg Giscard d'Estaing über den Linkskandidaten Francois Mitterrand bei den französischen Präsidentschaftswahlen so zu sehen. Der Gaullismus ist tot und mit ihm die politische und ideologische Achse des bürgerlichen Frankreichs in den letzten zwanzig Jahren. Die mühsam und nur mit Abstrichen für den zweiten Wahlgang hinter Giscard d'Estaing hergestellte Einheit der Rechten ist instabil. Der

"neue Mann", jahrelang Finanz- und Wirtschaftsminister gaullistischer Regierungen, steht vor den alten Problemen des Kapitalismus; Inflation, Arbeitslosigkeit, usw. Er hat mit Versprechungen nicht gezeitigt — "Wandel ohne Risiko" — doch die er damit eingefangen hat, werden sich rasch von der Demagogie dieses Interessensvertreters des Kapitals überzeugen können.

Auf der anderen Seite die aus der Beispiellosten Polarisierung der politischen Lager gestärkte hervorgehende Linke. Die ökonomischen und sozialen Kämpfe, die sie nun gezwungen ist zu entwickeln und voranzutreiben, werden eine Einheit der Arbeiterklasse und der mit ihr verbündeten Schichten erzeugen, die über Wahl- und Regierungsabkommen der SP- und KP-

Parteispitzen hinausreicht. Die Dynamik dieser Bewegungen ist die einzige Chance der traditionellen Arbeiterpartei, von manchen ihrer reformistischen Illusionen befreit zu werden.

Die Anhänger des Status quo in Ost und West, in Washington, in Bonn, in Moskau atmen erleichtert auf. Den französischen Kommunisten hat der sowjetische Botschafter mit seinem Besuch bei Giscard d'Estaing eine wichtige Lehre erteilt. Die Interessen der sowjetischen staatsbestimmenden Gruppen und die der französischen Arbeiterklasse sind nicht von vornherein und automatisch identisch.

Die Präsidentschaftswahlen markieren nicht das Ende, sondern den Anfang einer neuen Phase des Klassenkampfes in Frankreich.

Dänemark

In Dänemark nahmen Mitte Mai die Proteststreiks das Ausmaß eines Generalstreiks an, rund fünfzigtausend Demonstranten belagerten in Kopenhagen das Parlamentsgebäude. Auch die Warnung der Gewerkschaftsbürokratie (hinter der Kampagne steckten nur die Kommunisten) konnte nicht den Protest der Arbeiter bremsen. Hinter der Kampagne steckte in Wirklichkeit die Minderheitsregierung der dänischen Bauernpartei, die die wirtschaftlichen Probleme

des Landes, vor allem die die 10%-Marke längst übersteigende Inflation auf schlaue Weise lösen will. Sie entschloß sich zu einer Maßnahme, die man in den Wandelgängen der Parlamente vorsichtig als Kaufkraftabschöpfung bezeichnet, in den Arbeiterwohnheimen schlicht als "aussackeln" oder Steuerraub benennt. Es geht um die Erhöhung der Verbrauchersteuern bei Autos, Bier, Wein, Zigaretten, Spirituosen und Haushaltsartikel um ein mehrfaches ihres bisherigen Umfangs. Luzifer wird mit dem Beelzebub ausgetrieben, liegen bleibt allerweil der angeblich vom Teufel Besessene, der Durchschnittskonsument, sprich Arbeiter und Angestellter.

Das exorzistische Unterfangen wäre im Parlament an den Mehrheitsverhältnissen gescheitert, wenn nicht Herr Mogens Glistrup aufgetaucht wäre. Den Namen könnte der Teufel holen, und er wäre schon jetzt der Vergessenheit anheimgefallen, wenn nicht just seine Mandate die nötige Mehrheit für das umstrittene Gesetz erbracht hätte. Dieser Herr Glistrup ist bei den letzten dänischen Parlamentswahlen mit einem bemerkenswerten Programm zu parlamentarischen Ehren gelangt: Er zog aus, den ganzen Plunder Steuer und Staat abzuschaffen. Dies war nun sein erster, aber sicherlich auch sein letzter Streich.

Türkei

Aus den allgemeinen Parlamentswahlen am 14. Oktober 1972 ging in der Türkei die republikanische Volkspartei (RVP) überraschend als Sieger hervor. Die Führer der RVP versprachen während des Wahlkampfes, im

Falle ihres Sieges in der Türkei eine Periode des Friedens und des Wohlstandes zu eröffnen. Weiters versprachen sie eine sofortige Generalamnestie und die Wiederherstellung der Meinungsfreiheit. Trotz Analphabetentum, Abhängigkeit von den Agas (den Großgrundbesitzern) und fragwürdigen Wahleinrichtungen verfehlte die Propaganda der RVP ihre Wirkung unter den Volksmassen nicht. Denn seit dem 12. März 1971 hatte sich

auch in der Türkei eine Militärjunta etabliert und nackten Terror gegenüber allen fortschrittlichen politischen Personen und Einrichtungen entfesselt. Über 70 Menschen wurden auf offener Straße ermordet, alle demokratischen Organisationen verboten, Tausende wegen ihrer politischen Überzeugung eingekerkert, hundertsiebenunddreißig Buchtitel verboten, drei Patrioten zum Tode verurteilt und gehängt. Die Folter, in der Türkei bei Polizei

Internationale Nachrichten

und Gefängniswärtern seit jeher durchaus üblich, perfektioniert. Die Maßnahmen, die die PVR nach ihrem Regierungsantritt ergriffen hat, sind weniger dann halbherzige Versuche, die Erinnerung an ihre Versprechen nicht ganz zu enttäuschen. Insbesondere die Generalamnestie ist in der

versprochenen Form ausgeblieben. Von allen Strafen wurden lediglich zwölf Jahre gestrichen. Ausgenommen wurden von dieser Amnestie "staatsgefährdende Delikte", also Personen, die als politischen Gründen im Gefängnis schmachten. Von solchen Strafen wurden -- spitzfindig -- nur fünf Jahre erlassen. Internationale Proteste --

darunter solche von Parteien und Gewerkschaften -- könnten der RVP-Regierung den Rücken zu stärken, deren Zick-Zack-Kurs und zögernde Taktik nicht zuletzt aus Angst vor der starken reaktionären Opposition und vor der im Hintergrund abwartende Haltung beziehenden Armee zurückzuführen sind.

Griechenland

Ein individueller Protest in Athen hat die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit wieder einmal auf die Zustände in Griechenland gelenkt. Günther Walraff, der bekannte, einflussreiche und mutige Reporter über Mißstände am Arbeitsplatz, hat sich selbst an einem Laternenpfahl auf einem belebten Platz gekettet und an die Passanten Flugblätter verteilt, in denen er auf die politischen Repressionen der Militärjunta und das Schicksal der politischen Häftlinge hinwies. Das Ganze dauerte nur einige Minuten, und der deutsche Schriftsteller hing blutüberströmt, von Polizisten zusammengeschlagen am Laternenpfahl, der hier wirklich zum demonstrativen Marterpfahl für alle Gefolterten in Griechenland wurde.

Einige Tage danach wurde der bekannte griechische Oppositionelle und ehemalige Minister Mavros von der Insel Jaros freigelassen, die unter dem



Griechische Szene

neuen Juntachef Joannidis wieder reaktiviert wurde. Mavros forderte sofort die Freilassung aller auf Jaros festgehaltenen Gefangenen, darunter

sechszwanzig Kommunisten und sagte, daß die Lebensbedingungen auf der Insel darauf angelegt sind, die Inhaftierten vollkommen zu zerstören.

Naher Osten

Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Ägypten sind aus einem Stadium der Unterkühlung in das der baldigen Erfrierung eingetreten. Wenn nach Brandt auch Nixon geht, und in Frankreich ein in den Augen der sowjetischen Führung die etwas

zweifelichtige Gestalt Mitterrands das höchste Amt bekleiden wird, dürfte der Zeitpunkt kommen, wo die Verantwortlichen der gegenwärtigen und in den vergangenen Jahren praktizierten Außenpolitik der Sowjetunion in ihrem ureigensten Wirkungsbereich mit Fragen konfrontiert werden. Besonders gravierend ist der schwindende Einfluß der Sowjetunion

in einer ihrer hoffnungsversprechenden außenpolitischen Reviere, eben dem Nahen Osten. Kissingers "wunderbare" Fähigkeiten entspringen einer uralten diplomatischen Taktik: die Schwächen und Fehler anderer untereinander auszuspielen und für sich zu nützen.

Der politische Kurs in Ägypten unter Sadat ist eindeutig auf die Liquidierung

Internationale Nachrichten

der bescheidenen Fortschritte des Nasserismus gerichtet. Er wird darin gestärkt durch die relativen Erfolge Ägyptens während des letzten Nah-Ost-Krieges. Nun geht man in Ägypten daran, die unter Nasser beschlagnahmten Privatvermögen korrupter und reaktionärer Kapitalisten zurückzuerstatten. Der nächste Schritt wäre die Reprivatisierung der unter Nasser verstaatlichten Betriebe. Ghadaffi ist sicher alles anderes als ein sozialistischer arabischer Führer. Aber er ist – wenn auch mit skurrilen und für uns unverständlichen Zügen und Eskapaden ein konsequenter Verfechter der arabischen und damit auch der palästinensischen Sache. Seine Vorgangsweise gegenüber den amerikanischen Ölkonzernen spricht für seinen durchaus realistischen Sinn, was die Einschätzung der Rolle des US-Imperialismus im Nahen Osten betrifft. In dieses Bild paßt auch das aufs Äußerste gespannte Verhältnis zwischen ihm und Sadat. (Ein vor der Weltöffentlichkeit tunlichst vertuschter Anschlag auf Sadat, der mißlang, wird ebenfalls mit Ghadaffi in Zusammenhang gebracht.)

Der Irak ist erneut in eine blutige Auseinandersetzung mit den Kurden verwickelt, die ihn anders besser

verwendbare Energien und vor allem Sympathien kostet. Unter einem anderen kurdischen Führer als Barsani, der sich offen der guten Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus brüstet, hätten die Ereignisse einen anderen, für beide Seiten vorteilhafteren Verlauf nehmen können.

Syrien wird von allen Seiten, von der arabischen, der amerikanischen und der sowjetischen, dazu gedrängt, den Weg zu den Genfer Verhandlungen freizumachen. Dieser Weg ist breit, da haben alle beteiligten Großen in der Nahostszenerie ihren Platz. Im Graben landen dürfte dabei die Sache der Palästinenser.

Das ist der Grund für die jüngsten Anschläge palästinensischer Kommandos in Israel. Die Mittel, die sie dabei in Anwendung bringen, entsprechen im größeren Rahmen denen von Israelis wiederholt vorexerzierten. Der Ausgang des Geißeldramas in Maalot wird auch in der israelischen Bevölkerung – bei uns wird das nur angedeutet – der Haltung und der Taktik der israelischen Verantwortlichen angelastet. Die vierzig toten israelischen Kinder in Maalot waren von der Regierung und vom Militär in Israel einkalkuliertes Risiko bei dem von vornherein feststehenden Ent-

schluß : den Forderungen der Palästinenser nach Freilassung von in israelischer Haft befindlichen Kommandoangehörigen unter keinen Umständen nachzugeben. Wer das nicht glaubt, sei an den Flugzeugabsturz erinnert, den die israelische Luftwaffe verschuldete, weil sie angeblich glaubte, Arafat wäre an Bord. Die völlig unschuldigen toten Passagiere waren damals auch einkalkuliertes Risiko. Und die Annalen des Terrors der Hagana* füllen ganze Kapitel der Geschichte des jüdischen Staates. Und die Vergeltung, wie schaut sie aus: Flüchtlingslager werden bombardiert, als Kinderspielzeug getarnte Zeitzunder abgeworfen. Die Diskussion des Zionismus ist eine Geschichte der Emotionen und nicht der Argumente nach möglichen Auswegen aus diesem blutigen Dilemma, das ein ganzes Volk heimatlos machte und ein anderes zu Chauvinisten. Man wird also gut daran tun, wenigstens auf der linken Reichshälfte nicht gleich loszusabbern, sondern einmal den Verstand zu gebrauchen. Wenn es auch schmerzlich ist.

* Zionistische Terrorgruppe, zur Zeit des britischen Mandats in Palästina.

Indien

Kurz nach Bekanntgabe des Entschlusses der indischen Eisenbahngewerkschaften, am 8. Mai 1974, auf allen Linien des indischen Eisenbahnnetzes – mit rund sechzigtausend Kilometer Länge eines der größten der Welt – die Arbeit niederzulegen, um ihren bis dahin ungehört verhallten Forderungen nach Erhöhung der Löhne und Gleichstellung der Eisenbahnbediensteten mit den Industriearbeitern der Staatsbetriebe Gehör zu verschaffen, reagierte die Regierung unter Indira Ghandi prompt. Sie ließ die wichtigsten Führer der Gewerkschaften festnehmen. Die Maßnahme entsprang nicht Hitzköpfen, die nicht wissen, was sie

mit ihrem Tun provozieren. Daß die Eisenbahner es nicht einfach hinnehmen würden, war allen Beteiligten klar. Tags darauf kam es in allen großen Städten Indiens zu großen Massendemonstrationen und Streiks. In der größten Hafenstadt des Landes, Bombay, wurde sogar ein Generalstreik durchgeführt. Es kam wiederholt zu blutigen Zusammenstößen zwischen Polizei, Militär und Manifestanten. Die Regierung heizte die Stimmung im Land durch hemmungslose Angriffe auf die sozialistischen, marxistischen und kommunistischen Gewerkschaften an und prophezeite mit dem Zusammenbruch des Versorgungs- und Transportwesens das Ende aller Zeiten. Zumindesten das Ende der indischen "Musterdemokratie"

dürfte in dieser Politik der Regierung Ghandis angelegt sein. Die korrupten Machenschaften der meisten Regierungsmitglieder, voran Eisenbahnminister Mishra, sind dem Volk bekannt. Mit rapid sinkender Autorität der Regierung und rasant steigenden sozialen Problemen des Landes entschließt sich Indira Ghandi zu einer probaten Lösung: Zur Gewalt. Ob sie hilft, ist eine andere Frage. Jedenfalls sichert sie die Herrschaft der Oberkassen. Und darum geht es.



Streik im Ford-Institut

Am 17. April brach am Institut für höhere Studien (Ford-Institut) ein Streik aus, der erst 10 Tage später beendet wurde, nachdem konkrete Zusagen in allen Forderungspunkten erreicht worden waren. Der Streik war von der Gewerkschaft der Privatangestellten genehmigt worden.

Schon seit Jahren gab es dauernd Konflikte zwischen der Belegschaft des Institutes (administratives Personal und Assistenten) sowie den Stipendiaten auf der einen Seite und Kuratorium (rot-schwarzes Gremium, das alle Entscheidungen über das Institut fällt) sowie Direktion auf der anderen Seite. Seit verganginem Herbst aber wurde die Lage der Institutsangehörigen immer unerträglicher, was schließlich zum Ausbruch des Streiks führte.

Es geht dabei vor allem um die Forderungen nach einem neuen Gehaltschema, deren Erfüllung seit einem Jahr ständig verschleppt wurde; um den Kampf gegen willkürliche personalpolitische Maßnahmen, wie Kündigung, Nichteinstellung von qualifizierten Bewerbern aus undurchsichtigen (d. h. politischen) Gründen und Schikanen der verschiedensten Art; weiters um die Durchsetzung eines Mitbestimmungskonzepts, das allerdings nur ein Beratungsrecht der Institutsangehörigen beinhaltet.

Letztlich haben wir es hier mit einem ziemlich allgemeinen Dilemma der Wissenschaftspolitik in einem kapitalistischen Staat zu tun: Er braucht für die Verfolgung seiner Herrschaftsinteressen Sozialwissenschaftler, damit sie Rechtfertigungen für die Regierungsmaßnahmen liefern, aber auch Kritik an ihnen üben. Damit diese Wissenschaftler eine für die Regierung möglichst wertvolle Arbeit leisten, müssen sie verhältnismäßig unbefangen arbeiten können: Denn Voraussetzung für solch brauchbare Forschungsergebnisse sind neue Ideen und Ansätze, schöpferisches Interesse an der eigenen Arbeit, Bemühen um eine wirklich umfassende und tiefgehende Behandlung komplizierter gesellschaftlicher Fragen, auch wenn dieser per-

sönliche Einsatz dann für ganz andere Zwecke als eine Lösung der Probleme, nämlich für die Konservierung der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse in allen Lebensbereichen verwendet wird.

Andrerseits macht die politische Bedeutsamkeit dieser Art wissenschaftlichen Arbeitens es auch notwendig, daß die Kapitalisten und ihre Vollzugsorgane die Wissenschaftler unter strengster Kontrolle halten müssen. Denn eine freie Beschäftigung mit den konkreten Problembereichen unserer kapitalistischen Gesellschaft würde ständig Ergebnisse bringen, die den Herrschenden sehr unangenehm sind. Sie kann leicht zur Politisierung nicht nur der Wissenschaftler selbst, sondern auch ihrer Umgebung und immer weiterer Bevölkerungskreise führen. Also haben wir hier den Widerspruch: Die Arbeit der Sozialwissenschaftler soll gesellschaftspolitisch wesentliche Erkenntnisse und Informationen liefern und nicht ein bloßes Nachplappern altbekannter Phrasen sein, was ja den Herrschenden wenig nutzen würde, da sie die Phrasen schon selber auswendig wissen. Andrerseits muß die Arbeit der Sozialwissenschaftler in engen Schranken gehalten werden, denn gesellschaftspolitisch wesentliche Gedanken und Untersuchungen

würden stets gegen die Herrschenden ausschlagen.

Der Streik am IHS ist Ausdruck dieses Widerspruchs und seiner Folgen für die am Institut Arbeitenden. Denn die Leiter des Instituts versuchten, den Widerspruch auf ihre Weise zu beseitigen, indem sie ihn verleugneten und seine reaktionäre Seite, die der Einschränkung des Denkens, fester anpackten. Wie auch in den sonstigen Bereichen von Lehre und Forschung wird versucht, Kontrolle und Druck zu verstärken, unter Verhinderung einer eigenständigen Arbeitsweise und Verzicht auf brauchbare Forschungsergebnisse. Bei der Untersuchung von Problemen vorhandene Freiheiten werden einzuengen versucht, politisch heikle Projekte verhindert, Arbeitsdruck und Disziplinierung verstärkt, und vor allem werden die Angestellten mit Arbeitsplatzverlust bedroht.

Natürlich ist der Widerspruch nicht beseitigt, sondern im Gegenteil durch die Kampfmaßnahmen der Betroffenen umso stärker hervortreten.

A.S.

Bestellkarte

ICH ABONNIERE "OFFENSIV LINKS" FÜR EIN JAHR

NAME

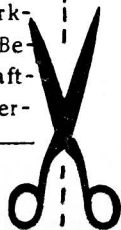
ADRESSE

PREIS: INLAND S 50, --

AUSLAND S 50, -- UND PORTO

BITTE AUSSCHNEIDEN UND AN VERTRIEB OFFENSIV LINKS

1040 WIEN, BELVEDEREGASSE 10 SCHICKEN.





FLUGBLATT

WARUM WIR SALLINGER NICHT REDEN LIESSEN :

Die heilige Kuh unserer glücklichen Alpenrepublik, die vielgepriesene Sozialpartnerschaft, sollte endlich auch einmal den staunenden Studenten der philosophischen Fakultät präsentiert werden. So geschah es, daß die beiden großen Männer, die in ihrer Eintracht diese "Partnerschaft" so schön dokumentierten, nämlich Anton Benya, Präsident des ÖGB, und Ing. Rudolf Sallinger, Präsident der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, anlässlich der Leistungsschau auf die Uni gelotst wurden, um unter dem vielversprechenden Titel "Gesetze der Wirtschaft und Freiheit der Wissenschaft" im Festsaal der Universität unter Jem Beifall der versammelten Professoren zu sprechen.

Mehr und mehr werden die letzte Reste akademischer Freiheit auf der Phil. Fak. zurückgedrängt, mehr und mehr wächst der Unmut der Studenten über die Entwicklung; mehr und mehr gelüftet es die beiden Herren, auch auf der Hochschule ihre Stimme erschallen zu lassen und lehrreiche Ermahnungen vorzubringen, um die zukünftigen Wissenschaftler und Lehrer nicht unvorbereitet in die wohlgeordneten Gefilde der so partnerschaftlich organisierten Wirtschaft eintreten zu lassen.

Fortsetzung auf Seite 27



"Die feierliche Maulkorbverleihung" Straßentheater der FÖJ-Bfs-Hochschulgruppe.

Was „Phil.“ sich leistete

Die sogenannte Leistungsschau der Phil. Fak. der Wiener Universität war ursprünglich von deren Initiatoren gedacht als Propaganda "der" Wissenschaft schlechthin. Die fortschrittlichen Studenten argumentierten dagegen, daß die Wissenschaft, wie sie heute betrieben wird, nicht Wissenschaft schlechthin sei, sondern eine Wissenschaft, die im Interesse des Kapitals gelehrt und angewandt würde. "offensiv links" hat in der letzten Nummer darüber berichtet.

Der tatsächliche Ablauf der Leistungsschau führte zumindest zu einem Teilerfolg der fortschrittlichen Studenten. Sie verteilten an die Besucher der Leistungsschau ein gemeinsames Flugblatt, indem alle fortschrittlichen Studentenorganisationen auf den Charakter der bürgerlichen Wissenschaften hingewiesen. Außerdem protestierten sie dagegen, daß diese Show ebenso wie die Wissenschaft selbst auf Kosten der werktätigen Bevölkerung betrieben wurde.

Dieser Flugzettel wurde ebenso wie die Flugzettel der einzelnen Institutsgruppen, die sich mit der auf ihrem Institut betriebenen Wissenschaft konkret auseinandersetzten, von den meisten Besuchern positiv aufgenommen. In zahlreichen Diskussionen gelang es den fortschrittlichen Studenten, ihre Argumente zur Geltung zu bringen.

Unterstützt wurde diese Aufklärungsarbeit durch einige Aktionen, die gegen Veranstaltungen der Leistungs-

schau durchgeführt wurden: So wurde etwa am Eröffnungstag die Frau Bundesminister für Wissenschaft und Forschung im Rahmen eines Empfanges zu einer Diskussion aufgefordert, was aber eher in die Hosen ging. Etwas erfolgreicher verlief am nächsten Tag die Aktion gegen die Diskussion der "Sozialpartner" Benya und Sallinger. Während Kollege Benya von den fortschrittlichen Studenten als Repräsentant der größten Arbeiter- und Angestelltenorganisation als Diskussionspartner anerkannt wurde, wurde Herr Sallinger von den Studenten abgelehnt – was sie auch in gebührender Form zum Ausdruck brachten. Die Presse berichtete über diese Aktion recht ausführlich und differenzierte erfreulicherweise zwischen der Bereitschaft der Studenten, Kollegen Benya anzuhören und den Aktionen gegen Herrn Sallinger. Das anschließend verteilte Flugblatt, das wir unten im Wortlaut wiedergeben, fand im allgemeinen positiven Aufnahme. Lediglich ein überspannter Professor gab einem unserer Flugzettelverteiler eine Ohrfeige ...

Abschließend sei noch über ein aufklärendes Straßentheater berichtet, daß sich mit dem Charakter der technokratischen Hochschulreform auseinandersetzte. In diesem Stück wurde das Zusammenspiel von Kapital, Ministerium und Professorschenschaft aufgezeigt; dem anwesenden Studenten wird stellvertretend für alle anderen Kollegen ein Maulkorb umgehängt, ein protestierender Arbeiter wird gewaltsam entfernt.

Zusammenfassend kann man sagen, daß es den fortschrittlichen Studenten gelungen ist, die Veranstaltung in eine Propagandaveranstaltung gegen die bürgerliche Wissenschaft umzufunktionieren, obwohl die Ausstellung durch die Aktionen zweifellos größere Publizität erlangte.

FÖJ-BFS-HOCHSCHULGRUPPE

Schulung: GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG .

Jeden Montag, 19 Uhr, 1090 Wien, Porzellangasse 33A, Tel:34-67-145

Hochschulgruppentreff: Jeden Donnerstag, 20 Uhr, c/o Langbein 1010 Wien, Ledererhof 2/7
Tel: 63-23-06

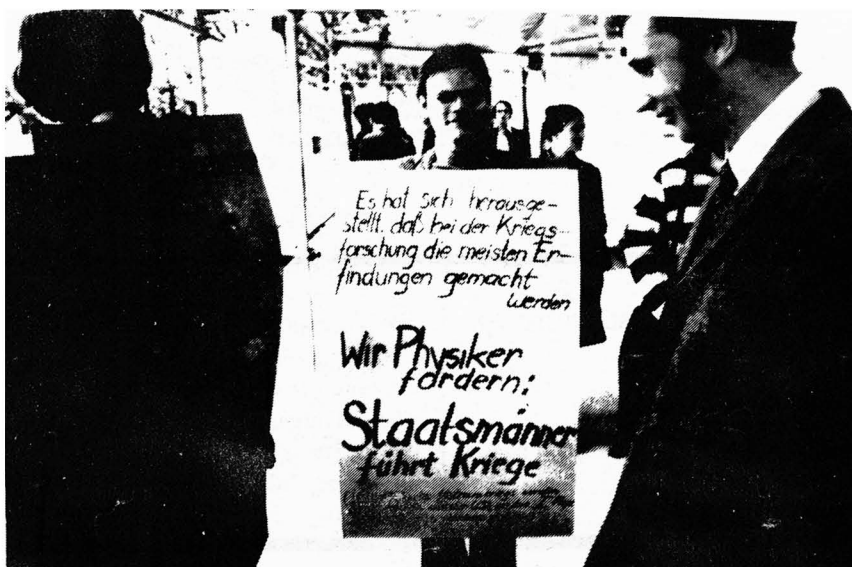
Nun ist aber die Sozialpartnerschaft, die genannte Heilige Kuh, viel eher ein Goldenes Kalb. In den Reigen um diesen Götzen sollen auch die Studenten einbezogen werden. Eine Partnerschaft kann nur zwischen Gleichen existieren; die Gleichberechtigung zwischen Arbeit und Kapital ist einfach eine Lüge. In einem anderen Rahmen, in anderer Form erleben diese glorreiche "Gleichberechtigung" auch die Studenten doch nicht erst dann, wenn sie als Akademiker in einem Betrieb das Lied dessen singen müssen, dessen Brot sie essen, wie man so schön sagt. Schon angesichts der Zustände auf der Uni, auf der Studierende oder auch Professoren, wenn sie nur ein wenig zu wenig zu kritisch werden und nicht bereit sind, den Konformismus mit dem ganz großen Löffel zu fressen, gar bald in Schwierigkeiten geraten, mutet es als Hohn an, wenn nicht nur die Ideologie der Partnerschaft ihnen eingepflichtet werden soll, sondern die Veranstalter in gutmütigem Zynismus noch die Idiotenwiese einer Diskussion einräumen wollen, damit man wenigstens ein bisserl Demokratie spielen kann.

Wir sind der Meinung, daß Präsident Benya als oberster Gewerkschafter, so bürokratisch versteinert und undemokratisch der ÖGB auch sein mag, durchaus ein Diskussionspartner nicht zuletzt auch der fortschrittlichen Studentebewegung ist. Die Gemeinsamkeit der Interessen der Arbeiter und eines großen Teiles der Studentenschaft macht es für uns nötig, uns mit der Organisation auseinanderzusetzen, der immerhin ein Großteil der österreichischen Arbeiter und Angestellten angehört. Daher waren wir bereit, den Ausführungen des Herrn Benya, wenn auch ungeduldig und mit Kopfwiegen zuzuhören.

Einen Herrn Sallinger jedoch, der letztlich auch am Ende desjenigen Hebels sitzt, der uns im Zuge der Hochschulreform langsam aber sicher allen die Schädel breitquetschen soll; einen Herrn Sallinger, der von Partnerschaft schwätzt und dabei nach dem Geldsack schießt; einen Herrn Sallinger schließlich, der im Bunde mit seinen Mit-Sallingern und als Nachfolger vieler anderer Sallinger seit Jahren der österreichischen Bevölkerung Sand in die Augen streut – diesen Herrn uns zur Diskussion vorzusetzen, ist schlicht und einfach eine Provokation.

Daher haben wir seine Rede in der genannten Veranstaltung gestört und damit einen aller-allerersten Schritt gesetzt, die Herren Geldsäcke und Lemuren einer miesen Gesellschaftsordnung symbolisch in die Schranken zu weisen.

FÖJ – Bewegung für Sozialismus (Hochschulgruppe)



Der KLUB LINKS ist jeden Freitag und Samstag ab 18 Uhr geöffnet.

1020 Wien, Odeongasse 1, Eingang Große Mohrengasse, Tel: 24-70-402



Programm für

Freitag, 7. Juni 1974 19 Uhr

Prof. Dr. Pollak
"AUFSTIEGSCHANCEN VON ARBEITER- UND ANGESTELLTENKINDERN IN DER GESELLSCHAFT AUF GRUND IHRER SPRACHLICHEN ENTWICKLUNG IN DER FAMILIE."

Samstag, 8. Juni 1974 19 Uhr

Zyklus:
"WIENER MEUCHELMORDE"
3 Abende mit Znidaric & Pollak
(Gruppe Inter-Produktion)
Lesung: Artmann, Heller, Kästner
und Eigenes. Songs und Blues. Aktion.

(bei Schönwetter am Neufeldersee)

Freitag, 14. Juni 1974 19 Uhr

Egon Kodicek
"WER REGIERT IM ÖGB ?"

Samstag, 15. Juni 1974 19 Uhr

ZYKLUS : Lesung, Malerei

Freitag, 21. Juni 1974 19 Uhr

AKTUELLE TON-DIA-SCHAU
ÜBER CHILE von Hugo

Samstag, 22. Juni 1974 19 Uhr

ZYKLUS: Experimentalfilme 1969-1972, Vortrag über Mind-Art.

Freitag, 28. Juni 1974

Peter Rosner
BERICHT ÜBER DIE POLITISCHE
UND ÖKONOMISCHE SITUATION
IN INDIEN

Samstag, 29. Juni 1974

Peter Turrini
LESUNG AUS SEINEN WERKEN MIT
DISKUSSION
(bei Schönwetter am Neufeldersee)

WARNSTREIK DER AUSLÄNDISCHEN STUDENTEN

Die ausländischen Studenten führten am Mittwoch, den 22.5.1974 einen einstündigen Warnstreik im Vorstudienlehrgang durch. Grund für diesen Streik war die Tatsache, daß sämtliche Zugeständnisse seitens des Rektorats, die durch den letzten

Streik erkämpft wurden (wie z. B. Abschaffung der Anwesenheitslisten, der Zulassungsprüfungen), in keiner Weise realisiert wurden. Die linke Studentenbewegung solidarisierte sich voll mit den Forderungen der ausländischen Kollegen.